

BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg), Gr. Neumarkt 281.
Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Ellienstraße 12.
Postzeitungsliste Nr. 1787a.

Verbands-Mitglieder!

Die Organisation ist die Waffe zur
Erkämpfung menschenwürdiger Existenz-
bedingungen; sie ist der Schutzwall gegen die Unterdrückungsgelüste
unserer reaktionären Innungsmeister, deshalb bezahlt pünktlich und regel-
mäßig eure Beiträge und werbet unablässig neue Kämpfer für den
Verband, damit unsere Organisation nach innen und außen gestärkt wird.

Hierzu eine Beilage!

Ein Auktent auf den Maximalarbeitstag.

II.

Bei der Besprechung der Interpellation des
Freiherrn von Manneffel und Genossen: „Warum
hat der Bundesrath den zwölfstündigen Maximal-
arbeitstag für das Bäckergewerbe eingeführt?“ wurde,
im Gegensatz zu früheren Behauptungen, das Recht
der Staatsregierung, mittels gesetzgeberischer Maß-
nahmen in einen Betrieb einzugreifen, an und für
sich nicht bestritten. Dies bedeutete schon einen großen
Schritt gegenüber dem noch der Maximalarbeits-
geheimnis galt. „Der Staat hat kein Recht, sich um
die wirtschaftlichen Verhältnisse seiner Unterthanen
zu kümmern: er hat sich aller Sorge für die Wohl-
fahrt des Einzelnen oder der einzelnen Gruppen zu
enthalten; das Verhältnis zwischen Unternehmer und
Arbeiter ist ein rein privatrechtliches, in das sich kein
Dritter, also auch der Staat nicht, hineinzumischen
hat.“ Man ist ausnahmslos in Deutschland von diesem
starrten Dogma des „Laissez-faire, laissez-aller — laß
gehen, laß treiben, es ordnet sich Alles von selbst!“
zurückgekommen; der Gedanke des „Nachtwächter-
staates“, der zu Vassalles Zeiten noch in Millionen
Köpfen spukte, ist heute darans verschwunden. Heute
herrscht allgemein die Anschauung, daß der Staat
nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet ist,
überall einzugreifen, wo sich Schäden im wirtschaftlichen
Leben bemerkbar machen. Die Lebensart von der
„Freiheit des wirtschaftlichen Betriebes“, womit
hier und da noch einzelne Unternehmer krebzen gehen,
wenn der Staat sich zu Gunsten der Arbeiter Eingriffe
erlaubt, ist als das erkannt, was sie ist: eine Phrase,
die nur den Zweck hat, die krasseste Ausbeutung zu
verdecken. In der Debatte über die Interpellation
wagte sie sich nur noch schüchtern hervor, indem der
konservative Redner die Bundesrathsverordnung als
eine Einengung der Freiheit des Arbeitsvertrages be-
zeichnete. Der gute Mann scheint gar keine Ahnung davon
zu haben, daß der „freie Arbeitsvertrag“ zwischen Unter-
nehmer und Arbeiter der reinste Schwindel ist, indem
er den „freien“ Arbeiter der Willkür des Unter-
nehmers auf Gnade und Ungnade ausliefert. Die
anderen Redner ließen denn auch diese vorsintfluth-
liche Ansicht völlig unbeachtet.

Die „Gründe“ der Gegner des Maximalarbeits-
tages im Bäckergewerbe waren verschiedener Art.
Zunächst wurde kurz und bündig behauptet, die
Voraussetzungen des § 120 e, der G.-O. träfen auf
das Bäckergewerbe nicht zu: Die tägliche Arbeitszeit
sei weder eine übermäßig lange, noch gefährde sie
die Gesundheit der Bäckerarbeiter. Nach den amtlichen
Berichten werde in 53 $\frac{1}{2}$ pSt. aller Betriebe höchstens
12 Stunden, einschließlich Nebenarbeit und Pausen,
gearbeitet; in 28 $\frac{1}{2}$ pSt. der Betriebe betrage die
Arbeitszeit 12—14 Stunden und in 18 pSt. der Be-
triebe mehr als 14 Stunden täglich. Wenn man eine
12 stündige Arbeitszeit an 7 Tagen der Woche unter
den obwaltenden Verhältnissen für ausreichend hält —
und selbst ein konservativer Junker wird dies nicht
bestreiten können — so müßte man logischer Weise
zu folgendem Schlusse kommen: Die 53 $\frac{1}{2}$ pSt. der

Betriebe werden von der Verordnung überhaupt nicht
betroffen, da sie ja den 12 stündigen Maximalarbeitstag
bereits haben; die andern 46 $\frac{1}{2}$ pSt. der Betriebe
aber müssen hierzu gezwungen werden, nicht nur
im Interesse der durch die überlange Arbeitszeit
unmenslich ausgebeuteten Arbeiter, sondern auch im
Interesse der anständigen Betriebe selbst, denen durch
die Schmutzkonkurrenz der anderen die Existenz erschwert
wird. Was, das Letztere anbetrifft, so wird diese
Wirkung eines gesetzlich festgelegten Normalarbeits-
tages noch viel zu wenig gewürdigt, trotzdem schon
i. J. 1862 ein englischer Parlamentsbericht ausdrücklich
darauf hingewiesen hatte. Es heißt nämlich
herausgestellt, daß ein großer Theil der Bäckermeister
das Brot unter dem vollen Preise verkauft — die
„underselling masters“ nennt sie der Engländer —
und daß er dadurch den „sull priced bakers“, die
ihr Brot zu vollen Preisen verkaufen, eine unerträgliche
Schmutzkonkurrenz machte. Mit Recht nannten die
anständigen Meister ihre Kollegen „Diebe fremder
Arbeit, die nur dadurch Gewinne erzielen, daß sie
dem Publikum minderwerthige, gefälschte Waare liefern
und aus ihren Gesellen für einen Lohn von 12 Stunden
eine Arbeitsleistung von 18 Stunden heraus schlagen“.
Offenkundig liegt also die Regelung der Arbeitszeit
im Bäckergewerbe auch im Interesse der anständigen
Meister und wird bei konsequenter Durchführung zur
Hebung des „ehrbaren Handwerks“ beitragen. Es
scheint aber, als wenn die größten Feindschinder
heutzutage — im Zeitalter der Sozialreform — die
größte Rolle spielen und den größten Einfluß aus-
üben; Thatsache ist ja, daß zahlreiche Unternehmer
mit dem Maximalarbeitstage sehr zufrieden sind und
schwer geschädigt würden, wenn ihre Schmutzkonkurrenten
Oberwasser bekämen.

Mit Recht wird von den Freunden des Maximal-
arbeitstages auch noch darauf hingewiesen, daß es
sich im Bäckergewerbe meistens um Nachtarbeit handelt
und daß ohne irgend einen Ruhetag im ganzen
Jahre in überheizten, schlecht gelüfteten Räumen ge-
arbeitet wird, von den sonstigen miserablen Verhältnissen
ganz zu schweigen. Klang es da nicht sehr vernünftig,
als der Handels- und Gewereminister, Freiherr
von Berlepsch, die Meinung aussprach, man müsse
die Frage aufwerfen, ob ein zwölfstündiger Maximal-
arbeitstag mit den üblichen Nebenarbeiten und den
zahlreichen Ausnahmen nicht eher zu hoch, als zu
niedrig gegriffen sei? Der konservative Abgeordnete
Graf zu Inn- und Kniphausen meinte allerdings
dem gegenüber, „beim Arbeiten gehe Niemand leicht
kaput und beim Bäckergewerbe sei dies am aller-
wenigsten der Fall.“ Wir möchten diesem „Edelsten
und Besten der Nation“ wohl wünschen, er solle
einmal vier Wochen lang als Bäckergehilfe bei einem
der von ihm vertheidigten Bäckerprogen arbeiten,
dann würde er ganz bestimmt aus einem anderen
Loche pfeifen, wenn er nicht inzwischen bereits
„kaput gegangen“ wäre. Ist es nicht ein wahrer
Hohn, wenn ein solcher Junker, der noch nie in eine
Bäckerei hineingerochen hat und die Arbeit eines
Bäckergehilfen gar nicht zu beurtheilen vermag, sich
auf die Tribüne des Reichstages stellt und derartige

Redensarten führt? Da möchte man wirklich mit
dem großen Nazarener sprechen: „Herr vergieb ihnen,
denn sie wissen nicht was sie thun!“

Aus derselben Unkenntniß der Verhältnisse
entsprang auch die Behauptung verschiedener Redner,
„das Bäckergewerbe sei besonders gesund, ja es gehört
zu den allerge sundesten, die es überhaupt gibt“. Wir
halten es unter unserer Würde und unserer
Kollegen gegenüber für überflüssig, auf solche Behauptungen
auch nur ein Wort zu erwidern. Die Leute, welche
solche Behauptungen aussprechen und von der
Reichstagstribüne hinaus ins Land schleudern, machen
sich bei Kennern der Verhältnisse einfach lächerlich.
Jeder Mensch blamirt sich so gut er es kann!

Ein wesentlicher Grund, den die Gegner eines
Maximalarbeitstages ins Feld führten, war der:
„Der Bäckereibetrieb ist ein so eigenartiger, daß es
ganz und gar unmöglich ist, dort eine bestimmte
Arbeitszeit inne zu halten“. Gerade das Bäckergewerbe
setzt einer schablonenmäßigen Reglementirung
die größten Schwierigkeiten entgegen. Die Dauer
der Gährung ist nun einmal verschieden, es ist noch
immer nicht gelungen, eine Hefe herzustellen, die so
vollkommen ist, daß sie sich auf die Dauer nach
der Verordnung richtet. (Dieser „geistreiche“ Satz
wurde von den Reichsboten pflichtschuldigst belacht.)
Auch die beste Fabrik liefert eine Hefe, die ver-
schieden ausfällt in ihrem Werth. Wind und Wetter
sind noch immer hartnäckig genug, sich nicht kommandiren
zu lassen. Das Feuer brennt bald schneller bald
langsamer, die Hitze geht auch einmal aus dem
Ofen heraus. Auch die persönlichen Qualitäten der
Gesellen sind verschieden. Ferner macht der Backofen
seine Schwierigkeiten. Es braucht, wenn es sich um
Kohlenheizung handelt, nur etwas zu spät neue
Kohle aufgeworfen zu werden, sofort tritt eine Ver-
schiebung ein. In dieser Eigenart des Gewerbes
liegen die Bedenken. Der Schuhmacher kann aus-
hören, wenn die Glocke sieben schlägt, dem Schneider
läuft der Rock auch nicht weg, aber der Bäcker kann
eventuell den ganzen Schuß Brot — und der pflegt
20—50 Mk. Werth zu haben — fortwerfen und hat
den größten Schaden davon. Offenbar hat irgend ein
Obermeister dem Herrn Wanderlehrer Dr. Bachnick,
denn der war es, der diese Weisheit zu Tage brachte,
die nöthigen Informationen gegeben und der harm-
lose Reichsbote hat in seiner Unschuld alles gelaugt.
Wie liegt die Sache denn in Wirklichkeit? In einem
Bäckereibetriebe läßt sich bei einigermaßen gutem
Willen eine ebenso geregelte Arbeitsweise einführen,
wie in jedem anderen Betriebe. Wenn ein Meister
allerdings ein Mensch ist, der kopflos und ohne
Nachdenken darauf loswurstelt, so treten solche Ver-
kommnisse ein, wie sie im Reichstage geschäbert
wurden. Etwas Aufpassung gehört natürlich dazu,
wenn kein Schlenkrian einreifen soll; dann kappt
es auch und nur in den seltensten Fällen treten
Störungen ein, die auch in jedem anderen Bet-
de vorkommen können. Zahlreiche Bäckereibetriebe lie-
gen den Beweis, daß sich eine geregelte Arbeitsweise
ohne Schwierigkeiten einführen läßt, wenn der gute
Wille da ist. An Letzterem mangelt es aber häufig,
die Bäckerverfahren wollen in ihrer Dequemlichkeit nicht
gestört werden. Merken diese Leute denn gar nicht,
wie sie ihr Handwerk blamiren, wenn sie es im
Reichstage als ein Gewerbe hinstellen, worin die
Bummelerei und der Schlenkrian gewissermaßen in ein
System gebracht worden ist? Und seit wann ist es
Mode, daß man die rückständigsten Betriebe als
Muster hinstellt, wonach sich Alles richten soll?
Wäre es nicht richtiger, wenn man den im alten
Schlenkrian fortwurstelnden Bäckermeistern sagte:
„Nehmt Euch eure Kollegen zum Muster, die eine
geregelte Arbeitsweise eingeführt haben! Warum könnt

Gewerkschaftliches.

Ein weißer Rabe. Amtliche Revisionen gehören bekanntlich zu den ärgsten Schreckgespenstern unserer für Reinlichkeit so sehr schwärmenden Innungsmeister. Man erinnert sich noch, welcher Wuth sich der Bäckermeister Berlins bemächtigte, als dort vor kurzem ganz unermüdet behördliche Revisionen von Bäckereien vorgenommen wurden. Unter solchen Umständen verdienen die Ausführungen eines Bäckermeisters registriert zu werden, welcher in der Güntherschen Bäder- und Konditor-Zeitung, welcher Kollegen hinsichtlich der Revisionen ganz richtig den Text liest. Nachdem er zunächst darauf hingewiesen, daß die behördliche Kontrolle für die Bäckermeister nichts Entwürdigendes sei, kommt ja auch eine ganze Anzahl anderer Berufe der amtlichen Aufsicht unter, erklärt er, daß die Bäckermeister gut daran thäten, wenn sie „alten Pops“ abzuschneiden und sich den Gezeiten der Zeit anpassen. Das Beschämende der Kontrolle liegt nur darin, daß sie für die Bäckermeister Beschämendes in Folge fördere. Hier Abänderung eintreten zu lassen, sei in der Hand der Meister. Nicht nur das Bemögen der Konsumenten durch minderes Gewicht des Brotes müsse aufhören, auch hinsichtlich der Reinlichkeit der Backstuben und Gefäßschlafstellen dürfe man das Nicht nicht fürchten müssen. Wörtlich sagte er am Schluß zu seinen Kollegen gewendet:

„Haltet auf Ordnung und Sauberkeit in Bezug auf Betten und Schlafräume: Nicht etwa, weil kontrollierende Beamte sie besuchen könnten, sondern weil das ein Gebot der Menschenwürdigkeit ist!“

Wer sich auf diese Weise würdigt gegen den pflichtlichen unbedingten Ueberfall der Kontrolle, der hat sie nicht zu fürchten, ja, er braucht sich um ihr Kommen und Gehen nicht zu kümmern.

Das ist ein schönes Gefühl, welches mehr werth ist, als die Befreiung von lästigen Bestimmungen, die ja doch nur dem Sünder lästig sind.

Je durchsichtiger der Menschen Thun und Treiben ist, je besser ist es. Nur Dunkelmänner fürchten die Revision; wegen einiger Dunkelmänner aber hat der ganze Stand die Kontrollgesetze übernommen. Soll er nun wegen dieser wenigen Dunkelmänner sich auslehnen dagegen und damit sich in den Verdacht bringen, als hätte er die Folgen der Bestimmungen zu fürchten? Nimmermehr. Man sorge nur, daß keine Folgen zu erwarten sind und die Hebung der Würde im Bäckerstande ist schon ein gut Stück zweifellos gerückt.“

Wir zweifeln sehr daran, daß diese trefflichen Worte bei den Innungsältesten die verdiente Beachtung finden werden. Worte, und seien sie noch so berechtigt, verlangen bei diesen Herren nicht; vielmehr bedarf es bei denselben ganz anderer Dinge, sie an ihrer Brust schlagen zu lassen. Mit Vergnügen aber haben wir den jürrten Auslassungen entnommen, daß es innerhalb der Innungsältesten noch Leute giebt, welche die Einseitigkeit der Innungen des vernünftigen Denkens nicht gänzlich berauben konnten.

Etwas von der Riviera. Hier im warmen Süden, wo alljährlich während des Winters Hunderttausende von Fremden aller Nationen zusammenströmen, steht die Luxus- oder Kleinbrotbäckerei in hoher Blüthe. Diese Geschäfte befinden sich meist in deutschen Händen, oder es sind doch deutsche, schweizer, theilweise auch pariser Arbeiter darin beschäftigt. In den französischen Bäckereien, wo viele Italiener arbeiten, wird durchschnittlich nur Ordinarbrot gebacken. In den deutschen Betrieben besteht, im Gegensatz zu den französischen Bäckereien, wo es nirgendwo Kost und Logis giebt, noch überall das Kost- und Logiswesen beim Meister. Dort läßt die Kost und besonders das Logis noch sehr viel zu wünschen übrig. Der Lohn in den deutschen Betrieben ist für die einzelnen Posten sehr verschieden und schwankt von monatlich 40 bis zu 150 ausnahmsweise auch 200 Frs. Außer einer üblichen freien Reise für die Arbeiter giebt es bei guter Saison noch Gratifikationen von 10 bis zu 400 Frs., in einem Falle soll ein Kollege 600 Frs. erhalten haben. Wo die Arbeiter außer Kost und Logis sind, schwankt der Tageslohn zwischen 4 und 10 Frs. Bei den Ordinarbrotbäckereien in französischen Betrieben besteht ein Tarif. Für einen Teig zu machen von 65 kg Mehl bekommen sie 2.50 Frs. und für Einschlagen 1.25 Frs. Um diesen Tarif überall zur Geltung zu bringen, haben die Ordinarbrotbäcker hier vor drei Jahren gestreikt und zwar mit Erfolg; aber diesen Tarif zu erhöhen, wie in Paris, Marseille und anderen Städten, scheiterte an dem Mangel einer Organisation und an der Uneinigkeit in den Forderungen. Auch waren sofort in großer Zahl Militärbäcker aus Marseille requiriert, sodaß jedem Bäckermeister genügend Arbeiter zur Verfügung standen. In den einzelnen Betrieben haben dabei vier und noch mehr Soldaten gearbeitet.

Freie Tage in der Bäckerei. Unter obiger Schlagmarke finden wir in der Güntherschen „Bäder- und Konditorzeitung“ folgende Ausführungen:

Durch die Presse geht die Nachricht, daß die Bäcker in Deutschland in eine Agitation für Freigabe je eines ganzen Tages in der Woche demnächst eintreten wollen. Die Bäckergehilfen könnten nicht einsehen, daß gerade sie dazu verurtheilt sein sollen, sieben Tage in der Woche zu arbeiten, während alle anderen Arbeiter nur sechs Tage arbeiten. Seitens der Gehilfen resp. der Herren Bäckerapostel wird die Forderung mit dem Hinweis auf die mangelhafte Durchführung der Sonntagsruhe begründet usw.

Ob die Herren etwas erreichen werden, ist eine andere Frage. Wenn die etliche Konkurrenz nicht wäre und das Publikum nicht gerade des Sonntags an den Bäder so viele Anforderungen stellte, dann ließe sich die Sache schon hören. Die Bäckerei ist doch einmal keine Schneider-, Schuhmacher-, oder Tischlerwerkstatt oder Maschinenfabrik, wo die Sachen auf Vorrath gearbeitet werden. Schöne frische Brötchen, Schneden, Hörnchen usw. können nicht acht Tage vorher gebacken werden.

Die Herren Gehilfen mögen doch nicht immer denken, daß das Publikum der Bäder wegen da ist. Umgekehrt ist die Sache. Der Bäcker hat sich nach dem Publikum zu richten denn — wir haben die freie Konkurrenz. Würden die Bäder des Sonntags nicht haben, dann, ja dann könnte mancher Gehilfe sein Bündel schmüren.

Die Sache hat einen ganz anderen Hintergrund. Es ist ein neuer Agitationsstoff und dann leistet man dem Arbeiter noch jeder Richtung hin Vorstoß. Vorläufig aber ist die Sache nicht so schlimm, es wird immer noch jeder „Genosse“ seine frischen Brötchen und zerstreuen auch des Sonntags zum Morgensaffe erhalten.“

Wir geben diese Auslassungen aus dem Grunde wieder, weil sie zeigen, wie sehr dieselben fadenähnlichen Gründe leichter möglich, um den Widerstand unserer Innungsältesten gegen jede Reform im Bäckergewerbe zu rechtfertigen. Es und man nimmt eine Verbesserung der Lage der Bäckergehilfen angesetzt wurde, stets waren es die Innungsältesten,

die dieselbe unter Hinweis auf die „Eigenart unseres Gewerbes“ als undurchführbar hinstellten. Bemerkenswerth sind die von uns hier jürrten Auslassungen auch darum, weil sie die Kampfweise unserer Gegner treffend charakterisieren. Während sich nämlich die „B.-u.-K.-Ztg.“ zuerst bemüht, der Forderung des freien Tages so etwas wie sachliche Argumente entgegenzusetzen, kommt es schließlich doch nur wieder auf die bei diesem eben Organe so beliebigen Verächtlichkeiten hinaus. Wie stark müssen die Herren von der Ueberzeugungskraft der ihrerseits geltend gemachten Gründe durchdrungen sein, wenn sie immer und immer wieder zu den Waffen der Verleumdung greifen, deren sich zu bedienen anständige Menschen entschieden verschmähen!

Aus Leipzig. Die im März 1896 auf Grund des § 120a der Gewerbeordnung vom Bundesrath erlassene Bäckereiverordnung schreibt vor, daß die Verordnung und die Tabellen zur Aufzeichnung der zugelassenen Ausnahmetage, an denen gearbeitet werden darf, in den Bäckereibetrieben ausgehängen werden müssen. Dieser Anordnung hat die Firma Joachim, Päß u. Co. nicht entsprochen, weil sie annahm, daß ihre Bäckerei Fabrikbetrieb sei und auf diese die Bäckereiverordnung keine Anwendung erleide. Das Amtsgericht bedachte deshalb die Firmeninhaber gemäß § 147 Ziffer 1 u. 4 der Gewerbeordnung mit entsprechenden Strafmandaten, gegen die sie Einspruch erhoben. Zu der Verhandlung vor dem Schöffengericht waren die beiden Firmeninhaber nicht erschienen, ihr Einspruch wurde deshalb verworfen. Die Inhaber Georg Max Päß und Richard Otto Glanzberg wurden aber vom Schöffengericht zu zehn bzw. fünfzehn Mark Strafe verurtheilt.

Ferien! Wie bereits schon eine ganze Reihe von Arbeiterkonsumvereinen, so hat auch jetzt der Konsumverein in Vant-Wilhelmshaven auf den Wunsch unserer dortigen Kollegen beschlossen, denselben eine Woche Ferien unter Weiterzahlung des Lohnes zu bewähren. Unseren dortigen Mitgliedern wird das ein neuer Ansporn sein, um auch mit aller Kraft die Agitation und Aufklärungsarbeit unter den beim Kleinmeister beschäftigten Kollegen zu betreiben, damit auch für diese menschenwürdige Existenzbedingungen errungen werden.

Aus Chemnitz wird uns von glaubwürdiger Seite ein recht heiteres Stücklein, das sich bei dem diesjährigen Lehrlingsfest zugetragen hat, erzählt. Lange schon hatte man sich in den Innungsversammlungen darüber die harten Schadel angeknirscht, auf welche Art und Weise man die meisten Lehrlinge erquieten könne. Da kam das alle Zeit erfindereiche Innungsvorstandsmitglied Herr B. auf einen genialen Einfall. Er ließ Bekanntmachungen im Auftrage der Innung los, daß sich alle jungen Leute, die das „ehle Bäckereihandwerk“ lernen wollten, erst bei ihm melden sollten. Nach dem Spruch: „Jeder sorgt in erster Linie für sich“, bezieht er die vier kräftigsten der sich meldenden Auszubildendenobjekte für sich. Aber o weh! Den vier Leuten gefiel das Handwerk so schön, daß sie nach 14 Tagen die Fleischtöpfe des Herrn B. im Stiche ließen und austrückten. Als dies in den Reihen der Innungsmeister laut wurde, waren sie empört über solches Vorkommniß, worauf sie der schlafertige B. mit den Worten besänftigte: „Es war doch gut, daß ich die vier Burschen erst zur „Probe“ zu mir nahm, um zu sehen, für welchen Meister sich Jeder am Besten eigne, hätte ich sie Euch gleich zugesandt, so wären sie jetzt Euch entlaufen und Ihr hättet das Nachsehen!“

Aus Nürnberg. Im diesjährigen Magistratsbericht der Stadt Nürnberg findet sich folgende interessante Stelle: „In 773 Bäckereien bezw. Brothandlungen haben in 3040 Fällen Nachschau stattgefunden, die zu 432 Beanstandungen führten. Im vorigen Jahre wurden in 629 Bäckereien 2248 Kontrollen abgehalten und 141 Beanstandungen gemacht. Die höhere Zahl der in diesem Jahre stattgefundenen Beanstandungen wird darauf zurückgeführt, daß die Kontrollen heuer „was schärfer“ waren.“ — Wenn unsere Mitgliedschaft dort noch weiter gar nichts erreicht hätte, als diese erhöhte Bäckerei-Kontrolle und Bestrafung der schweimenden Bäckermeister durch die Behörde, so wäre das schon ein bedeutender Erfolg.

In ihrem Kampfe um die Durchführung des gesetzlichen Erfahrungsheftes haben unsere österreichischen Kollegen jetzt eine sehr werthvolle Unterstützung erhalten. Nach einem Berichte unseres österreichischen Vorkommens strengte nämlich vor Kurzem in Salzburg ein Kollege gegen seinen Meister einen Prozeß an wegen Erprobung im Bezirke von 208 Kronen für die ihm von diesem in einem Jahre vorenthaltenen Erfahrungshefte. Nachdem ihm zunächst die erste Instanz mit seiner Klage abgewiesen, erstritt er vor der zweiten ein obliegenden Erkenntniß. Die von dem Verurtheilten gegen dasselbe eingelegte Revision hat nun der oberste Gerichtshof als unbegründet verworfen. Dieses Erkenntniß des obersten Gerichtshofes wird aber zweifellos wesentlich zur Durchführung des Erfahrungsheftes beitragen. Nichts vermag besser die Herren Meister zur Respektirung der Gehilfen zu veranlassen, als wenn sie Verletzungen der Lehren recht empfindlich an ihrem Geldbeutel verspüren müssen.

Das Neunehr-Ladenschlußgesetz, welches am 1. October in Kraft tritt, hat bei unseren Innungsältesten großen Unmuth hervorgerufen. Schon vor den bezüglichen Verhandlungen im Reichstage wurde gegen die Vorlage in der Meisterschaft in allen möglichen Tonarten geweltet. Der „Germania“-Verband richtete an den Reichstag eine Petition, in welcher der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß dieser „jeder Beschränkung der freien Erwerbsthätigkeit der gewerbetreibenden Bevölkerung, namentlich des Kleinhandwerks, entgegenzutreten und der Einführung eines allgemeinen Ladenschlusses seine Zustimmung verweigern werde“. Jetzt, nachdem die Vorlage Gesetz geworden, suchen es unsere Innungsältesten wenigstens nach Kräften zu hintertreiben, daß in den einzelnen Städten die für den allgemeinen Achtuhr-Ladenschluß im Gesetze vorgesehenen Bedingungen erfüllt werden. So forderte in der Generalversammlung der Bäckereiverordnung Hannover der Vorsitzende die Anwesenden auf, ja auf der Hut zu sein, damit man nicht hinsichtlich des Achtuhr-Ladenschlusses überumpelt werde. Nachdem dann noch eine ganze Anzahl Redner gegen das Gesetz gedonnert hatten, wurde ein Beschluß gefaßt, mit welchem sich die Versammelten entschieden gegen den Achtuhr-Ladenschluß aussprachen. Bestimmend für die geistliche Höhe der Gesellschaft ist eine Aeußerung, die in der Debatte seitens eines Bäckermeisters Nuhn fiel. Derselbe erklärte, nach einem Berichte der „B.-u.-K.-Ztg.“, die jungen Leute, die nicht arbeiten wollten, thäten gut darauf, gleich für den Sechshr-Ladenschluß einzutreten, dann seien sie mit den Arbeitern auf einer Stufe. Gegen solche Bestrebungen müßte man aber auf das Entschiedenste Front machen. Wir wundern uns in keiner Weise über die Haltung unserer Innungsältesten gegenüber dem Ladenschlußgesetz. Entspricht sie doch vollkommen allen Leistungen, die wir bei diesen Herren bereits erleben. Warum wir trotzdem so aus-

fürlich von ihr Notiz nehmen? Einfach darum, weil sie trefflich geeignet ist, der Öffentlichkeit zu zeigen, mit welcher sozialpolitisch rückständigem Unternehmertum wir uns herumzuschlagen müssen.

Kollegen! Seid überall auf der Hut! Die Anzeichen mehren sich dafür, daß es bitterer Ernst wird mit einer ganz bedeutenden Verschlechterung des Maximalarbeitstages! Man will an Stelle des Maximalarbeitstages eine Minimalruhezeit von 10 Stunden täglich festlegen (falls die Arbeitszeit durch eine volle Stunde oder zweimal eine halbe Stunde Pause unterbrochen wird, nur neun Stunden Ruhezeit), das heißt also eine tägliche Arbeitszeit von 15 Stunden gesetzlich sanktionieren! Währen wir uns nicht ganz gewaltig gegen diese Pläne, so werden sie sicher Gesetz werden. Deshalb überall aufgepaßt!

Aus Harburg. Zu Sonnabend Nachmittag waren zur gemeinsamen Besprechung über einen Entwurf zur Abänderung der Bäckereiverordnung vom 4. März 1896, vom Gewerberath Lübborf aus Lüneburg, die Bäcker-Gesellen A. Kofe, S. Heitmann (Oberhaupt der Bäcker-Brüderschaft) und H. Wetschies (Werkmeister beim Obermeister) nach dem hiesigen Rathhause gebeten. Der Herr Gewerberath erklärte, daß die jetzige Verordnung zu vielen Unzuträglichkeiten geführt habe, es seien viele Beschwerden der Bäckermeister eingegangen. Verschiedene Paragraphen seien ziemlich dehnbar, besonders der die gesetzlichen Dienstleistungen zulassende, nach seiner Meinung könnten dieselben bis zu 4 Stunden ausgedehnt werden, mithin wäre die tägliche Arbeitszeit 16 Stunden, es wäre übrigens in der Verordnung ja auch nur von einer Ruhezeit von 8 Stunden die Rede. Der vorliegende Entwurf sei für die Gesellen viel vorteilhafter, es wäre eine Mindestruhe von 10 Stunden vorgesehen, wenn nicht während der Arbeitszeit eine Pause von einer Stunde oder zweimal eine halbe Stunde träte, es könnte dann die Arbeitszeit auf 15 Stunden verlängert werden. Folgende Paragraphen der alten Verordnung sollten geändert werden: 1, 2, 3, 4, 5, 11. Die Kalendertafel würde ganz verschwinden, sie habe sich nicht bewährt. Es dürfe auch nur an 20 Tagen länger gearbeitet werden, dieselben würden von der Polizeibehörde festgesetzt. Lehrlinge unter 16 Jahren hätten zwei Stunden mehr Ruhe. Kofe widersprach dem; die Verordnung würde keineswegs die Gesellen befriedigen, es würde nur Del ins Feuer gießen bedeuten, die Gesellen würden dann auch wohl einsehen, daß sie vom Vater Staat eben so wenig, als von den Arbeitgebern bekämen und nur auf ihre eigene Kraft angewiesen seien. Die Arbeitszeit würde nicht verringert, sondern von 8 Stunden auf 9 1/2 bis 10 1/2 Stunden verlängert. Heitmann erklärte, andere Arbeiter arbeiteten nur 13 Stunden, er könnte den Entwurf nicht anerkennen. Vor einem halben Jahre behauptete er noch, die Bäckermeister könnten mit zwölf Stunden nicht auskommen; es gäbe Gesellen, die verdiepten keine 4,50 Mark; er scheint sich bedeutend gebessert zu haben. Der Berichterstatter.) Auch der Herr Wetschies stimmte uns bei. Herr Lübborf erklärte, daß wir die Ersten seien, die mit dem Entwurf nicht zufrieden wären, in sämtlichen anderen Städten hätten die Gesellen diesen Entwurf lobend anerkannt. (Wegen das aber Gesellen sein!) Nachdem das Protokoll von Sämtlichen unterzeichnet war, dankte der Gewerberath für das Erscheinen, bedauerte, daß er keine Fonds mitbekommen habe, um uns für unsere Mühe zu entschädigen.

Nicht weniger als vier Prozeßverfahren kamen am 15. September gegen H. Thiele, Redakteur des „Halle'schen Volksblattes“ vor dem dortigen Schöffengericht zur Verhandlung. Im dritten Prozeß klagte die Bäckereinnung in Halle und insbesondere die sieben Vorstandsmitglieder derselben. Im vorigen Jahre hatte der Verband der Bäckergehilfen eine Aufnahme über die Zustände in den Bäckereien veranfaßt und das Ergebnis in mehreren Artikeln im Volksblatt veröffentlicht. Namen einzelner Bäckermeister waren darin nicht genannt, sondern nur im Allgemeinen gesagt, daß wie in Würzburg und anderen Städten auch in Halle in vielen Bäckereien elsthabte Zustände herrschten. Der Verteidiger der Kläger, Herr Rechtsanwalt Kürsche (an Stelle des Rechtsanwalts Schütte) meinte, da keine Namen genannt seien, müßten sich diejenigen Bäckermeister, bei denen die angegebenen Schweinereien nicht vorkämen, beleidigt fühlen. (!) Rechtsanwalt Dr. Herzfeld bestritt zunächst der Anklage, in deren Namen der Strafantrag gestellt sei, das Recht zu klagen. Die Innung könne nicht klagen. Das Gericht entschied, daß kein Unlaß vorliege, eine Aenderung vorzunehmen, da ja auch die sieben Bäckermeister als Personen klagten. Zu einer Beweisaufnahme kam es leider nicht. Thiele hatte sieben Bäckergehilfen als Zeugen mitgebracht, welche beweisen sollten, daß die in den Artikeln behaupteten Mißstände tatsächlich vorhanden waren, als die Artikel erschienen. Der Verteidiger der Kläger gab als möglich zu, daß die gerügten Uebelstände vorgekommen sind. Das Gericht erkannte, ohne in die Beweisaufnahme einzutreten zu sein, auf 75 Mark Strafe und Publikationsbefugnis, da in den Artikeln die Namen der Meister, bei denen die gerügten Mißstände zu finden waren, hätten genannt sein müssen.

Zu diesem sonderbaren Urtheil und dessen ebenso sonderbarer Begründung bemerkt das „Volksblatt“: „Dieses Urtheil, gegen welches Berufung eingelegt werden wird, eröffnet ganz eigenartige Perspektiven. Es war nicht etwa in einem der Artikel gesagt, in den Halle'schen Bäckereien herrschen elsthabte Zustände, sondern nur, daß auch in Halle in vielen Bäckereien elsthabte Zustände zu finden sind. Nach Meinung des Gerichts wird in Zukunft Derjenige mit Erfolg wegen Beleidigung klagen können, der zwar kein Dieb ist, aber in einem Hause wohnt, von dem behauptet worden ist, es wohnten viele Erbsüben drin.“

§ 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Krankheitsfällen. Der Paragraph lautet:

„Der zur Dienstleistung Verpflichtete wird des Anspruches auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Er muß sich jedoch den Betrag anrechnen lassen, welcher ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung zukommt.“

Der Brauer M. in Hannover verlangte auf Grund dieses Paragraphen seinen Lohn auch für eine 5 1/2 tägige Krankheitsdauer und war bereit, sich das bezogene Krankengeld auf den verlangten Lohn anrechnen zu lassen. Sein Arbeitgeber widersprach dem und meinte er hätte ja dem M., um aller Verpflichtungen gegen ihn ledig zu werden, bei Beginn der Krankheit nur zu entlassen brauchen, weil Kündigung beiderseitig durch Vertrag ausgeschlossen sei. Das angerufene Gewerbegericht verurtheilte die Firma, an M. für 5 1/2 Tage Lohn unter Anrechnung des Krankengeldes zu zahlen, da im Hinblick auf die vierjährige Thätigkeit M.'s. bei der Firma, die 5 1/2 Tage eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit seien. Eine bei Beginn der Krankheit ausgesprochene Entlassung hätte nach dem Hannover'schen Gewerbegerichtsurtheil den Anspruch des M. nicht aufgehoben.

Auf welche Art und Weise die Innungen es anfangen, den Maximalarbeitstag in die schon bekannte Ruhezeit umzuwandeln, zeigt folgender Fall: Die Gewerbeinspektion in Breslau sandte an drei Kollegen, welche ihr von der Innung vorgeschlagen waren, ein Schreiben, in welchem sie ersucht wurden, am Mittwoch, den 19. September bei der Gewerbeinspektion ihre Ansicht über den geplanten Gewaltakt gegen den Maximalarbeitstag auszusprechen. Das Auffallende hierbei ist, daß zwei dieser Kollegen bei einem Innungs-Vorstandsmitglied arbeiten, und daß diese Kollegen indirekt gezwungen sind, sich zu Ungunsten ihrer Kollegen und zu Gunsten der Meister auszusprechen, weil doch ziemlich selbstverständlich ist, daß sie sonst über kurz oder lang aufs Straßengestank fliegen würden. Unserer Bemühung, die drei Kollegen zu einer Sitzung einzuladen, hatte nur einer Folge geleistet. Derselbe hatte die neuen Paragraphen, die er mit zugeschickt erhalten hatte, mitgebracht, jedoch weigerte er sich, sie zur Abschrift vorzulegen, in der Angst, gemahregelt zu werden. Der Wortlaut derselben war der schon bekannte, nämlich, daß der Maximalarbeitstag in eine 10 stündige Minimalruhezeit umgewandelt werden soll. Das so viel Gefürchtete soll also jetzt eintreten und den Bäckermeistern gestattet werden, uns Tag für Tag 14 Stunden ausbeuten zu können. Giebt es denn gar kein Mittel hiergegen und werden die am meisten dabei Interessirten, die Gehilfen, selbst garnicht gefragt, wie sie sich zu der geplanten Verschlechterung des bishigen Arbeitstages, der in der Verordnung bisher lag, stellen? Freilich scheint es so, als wenn über unsere Köpfe hinweg über unser Wohl und Wehe beschlossen werden soll! Dagegen müssen wir ganz energisch Protest erheben.

Aus Breslau wird uns berichtet: Am Sonntag, den 16. September, wurde der Rentant der Ortstasse (der Bäckermeister Hilbebrand) in Breslau nach einer vorherigen Abnahme der Kasse verhaftet. Es hatte sich herausgestellt, daß 1700 Mk. unterschlagen waren. Wo bleiben da die Arbeitergroschen?

Wuppertthaler Neuigkeiten. Einen ganz neuen Trick, den Gesellen den Lohn so viel wie möglich zu verkürzen, haben verschiedene Krauter des Wuppertthales erfunden. Bereits vor mehreren Wochen erzählte mir ein Arbeitstollege, er würde von der Herberge aus zu einem Meister geschickt. Als er erklärte, er würde die Stelle annehmen, doch bei einem Lohn unter 10 Mk. auf dieselbe verzichten, so erzählte der Meister meinem Kollegen ausführlich, wie die Gesellen früher entlohnt wurden und was sie zu leisten hätten; es wäre unerschämmt, was dieselben bei der jetzigen kurzen Arbeitszeit für enormen Lohn verlangen. Zuletzt kam er noch auf seine Familienverhältnisse zu sprechen, indem er anführte, er hätte so und so viel Kinder, könne daher nur einen geringen Lohn zahlen. Die ganze Geschichte wäre in Vergessenheit gegangen, wenn nicht vorige Woche ein gewisser Neinscheider Bäckermeister denselben Senf aufgetastelt hätte. Er war nämlich von mehreren Krautern hergeschickt worden, um ein paar Dumme einzufangen. Er hatte aber das Glück nicht, sondern kam mit mehreren Verbandsmitgliedern zusammen, welche dem Herrn die Wahrheit sagten. Es ist also nicht genug, daß die Gehilfen dem Meister für wenig Geld die Kräfte opfern, sie sollen auch noch die Familien sorgen desselben mit übernehmen. Auf diesen Punkt will ich nun ein Beispiel geben. Würde an Stelle eines ledigen Gesellen ein Verheiratheter auf dessen Posten treten, so würde ihn der Meister ausklagen, wenn er sagte, er müsse mehr verdienen als sein Vorgänger, weil er 3-4 Kinder zu ernähren hat. Ja, oft kommt es sogar vor, daß der Meister verheiratheten Gesellen noch weniger Lohn anbietet, als wie ledigen, weil er sich sagt, der hat eine Familie zu ernähren und kann nicht fremd liegen, sondern muß froh sein, daß er Arbeit hat und mit Allem vorlieb nehmen. So suchen auf alle mögliche Art und Weise die Herren d. Gesellen zu überbelpeln und ihnen den Lohn zu kürzen.

Von der Agitation. Alle Bemühungen, in Zeit eine öffentliche Bäckerversammlung zu Stande zu bringen, waren Jahre lang vergebens, bis am 9. September auf Veranlassung des Kartells eine solche stattfand. Dieselbe war zahlreich von Kollegen, von ungefähr 12 Bäckermeistern sowie von Vertretern aller Gewerkschaften besucht. Das Referat hatte ich übernommen, eine äußerst lebhaft entwickelte sich nach demselben und theilhaftigen sich hauptsächlich die anwesenden Bäckermeister daran sowie die Vertreter der Gewerkschaften am Orte. Mir auch nur etwas von meinen Ausführungen zu widerlegen, gelang den Herren Meistern nicht. Der erste Diskussionsredner war Bäckermeister Gudent. Ihm muß ich zur Ehre nachsagen, daß er sich in allen Grenzen des Anstandes hielt und meinen Ausführungen vollständig zustimmte. Anders verhielt sich Bäckermeister Höhle, der es sich zur Aufgabe gemacht zu haben schien, die Zeiger Kollegen vor mir zu retten. Mit salbungsvollem Tone richtete er an mich die Frage, ob es mein reiner Herzenswunsch gewesen sei, die Lage der Zeiger Kollegen zu verbessern, oder ob ich vielleicht ein schönes Geschäft dabei mache. Natürlich seien alle Organisationsbestrebungen nach der salomonischen Weisheit dieses Herrn nur dazu da, um die Leute zu verheben und den armen Bäckergehilfen das Meisterwerden zu erschweren. Er glaube, mir den guten Rath geben zu müssen, nur in den Großstädten zu agitieren und ja die kleinen Orte zu verschonen. Auch erklärte der Herr, daß sie mit ihrem Germania-Verband schlechte Erfahrungen gemacht hätten, denn sie brauchten nur immer Geld nach Berlin zu schicken und hätten nichts davon. Unter solchen Umständen war es mir freilich leicht, den Herrn Höhle abzufertigen. Ich fragte ihn zunächst nach den Kleinigkeiten, welche die Herren Agitatoren des Germania-Verbandes für ihre Reisen erhalten und zwar die Herren Dezenten, welche immer auf Unterverbandsreisen erscheinen. Was wird wohl Herr Bernard-Berlin zu seinen ungezogenen Kindern in Zeit sagen? Ueber die Art und Weise, wie und wo wir agitieren sollten, darüber habe ich ihm angerathen, daß wir das in Zukunft trotz Herrn Höhle doch in den Kleinstädten erst recht besorgen werden. Er wartete meine Ausführungen gar nicht ab, sondern ergriff das Hasenpanier, was vom Kartell-

vorliegenden gehörig festgenagelt wurde. War der Besatz auch nicht der Versammlung entsprechend, was ja bei Anwesenheit der Meister erklärlich ist, aber der Anfang ist gemacht und wir werden Zeit noch oft besuchen und schließlich auch diese Kollegen in unseren Reihen begrüßen. A h l. Leipzig.

Der „alte Umschauer“.

Schade, daß nicht jeder unserer Leser den kürzlich veröffentlichten Artikel in der „Günther'schen“ lesen konnte, den der „alte Umschauer“ im Zwiegespräch mit seiner „Alten“ dort losläßt. Das hätte gewiß besser gewirkt als die Reden aller „Hekapostel“. Dies als Thema für die sog. Wanderredner, und wir hätten gewiß keine „mißglückten Agitationstouren“ mehr zu verzeichnen. Reden wäre da überflüssig, nur lesen, denn klar und deutlich tritt darin zu Tage, wie es bei der edlen Kunst war, wie es ist und wie es auch bleiben soll. Wörtlich ist es ja hier nicht wieder zu geben, denn so etwas würde unser Blatt wohl gar nicht vertragen, — aber der langen Rede kurzer Sinn: Sieht da „der Alte“, der sicher schon lange auf seinen Lorbeeren ausruht, bei seinem Nachmittagskaffee mit der neuesten Nummer der „Günther'schen“ und liest, wie jedenfalls ein Meister, einen Vorschlag macht zur Besserung der Lage der Gesellen, Abschaffung von Kost und Logis, Einführung des Maximalarbeitstages usw. Dies findet er ganz unerhört, wie er sich ein Meister für so etwas hegeistern, wie er sich herablassen kann, Sozialpolitik zu treiben, Seine Phantasie, die hoffentlich bald zur Wirklichkeit wird, sieht mit Schrecken, wie dieser „Feuergeist“ verheerendes Element der Innung wird, deshalb in Acht und Bann mit ihm, damit es ihm vergehe, sich niemals wieder für die leidenden und darbenenden Bäckergehilfen zu erwärmen. „Die Alten“, die ihn eine Weile angehört, sagt schließlich:

„Adieu, ich gehe in mein Kränzchen
Und morgen zum Konzert und Tänzchen
Und hast Du Dich erholt vom Rater,
Dann gehen wir in das Theater;
Denn beim historischen „Hähnchenessen“
Da hab' den Wein Ihr nicht gemessen,
Da kloß er in Strömen wie Wasser —
Bist doch ein rechter Brasser!
Und für die Leute heute Abend,
Sind Pestkartoffeln und Hering labend.
Denn gutes Essen stärkt nicht nur den Magen,
Es stärkt die Herzen und die Köpfe!
Und helle Jungens können wir nicht vertragen,
Uns sind viel lieber die dummen Köpfe!“

Sie rauscht davon, er philosophirt
Und hat sich mächtig alterirt,
Und macht nun seinem Herzen Luft
In Versen von gar lieblichem Duft:
Wir sind die Herren, Ihr die Knechte,
Was wollt Ihr alles noch für Rechte?
Woh! gar Euch 'nen eigenen Hausstand gründen?
Da müßt Ihr dümmere Meister finden!
Was konnten wir uns dafür leisten!
Bei 10 Mark Abzug für Kost und Logis,
So ist es Sitte doch bei den Meistern,
Wir haben die Freuden, für Euch die Müß!
Ihr streuet die Saat, wir ernten ein,
So ist's gewesen, so soll's ferner sein.
Zuerst, da blühet alles nur
Für uns, wenn auch auf fremder Flur;
Und haben wir's im Ueberflus,
Und können uns leisten jeden Genuß,
Können wir unseren Reichthum nicht mehr ermessen,
Dann schauen wir uns um nach „Helferessern“.
Und wollet Ihr Euch gar erkühnen
Und zeigen unzufriedne Mienen,
Dann rufen wir mit frechem Hohn:
„Für Euch die Arbeit, für uns der Lohn.“
Ein rechter Meister läßt sorgen für sich!
Kollegen sind nur, wer's so macht wie ich.
Das ist das Motto der edlen Kunst!
Gesellen, bringt Euch das nicht zur Vernunft?
Was Ihr errungen, laßt's Euch nicht rauben,
Müßt treu und fest an Besserung glauben,
Ein jeder trage sein Theil dazu,
So kommt Ihr zum Frieden, so kommt Ihr zur Ruh!
Doch „Alter“ halt fleißig Umschau!
Das macht Dich wahrlich dummschlau,
Werde nicht zum Geist, zum traffen,
Und lehr' nicht! so die Menschen haßen!

M. S.

Rechenschaftsbericht der Agitationskommission für den 2. Gau (Norden).

Im Nachstehenden gebe ich den Bericht über unsere Thätigkeit, welche sich vom 3. September vorigen Jahres an erstreckt. In unserer ersten Sitzung wurden wir uns einig, daß es vor allem nöthig sei, zu wissen, wie der Stand und die Kassenverhältnisse der gesammten Mitgliedschaft seien, worauf von den Vorständen folgender Bericht einging: Kiel hatte 60 Mitglieder, Kassenbestand —. H. Altona hatte 100 Mitglieder, Kassenbestand 3 Mk.; Lübeck hatte 39 Mitglieder, Kassenbestand 30 Mk. Dem Wunsch, uns auch finanziell zu unterstützen, konnten erstere beiden Zahlstellen nicht nachkommen, jedoch hatte die Zahlstelle Lübeck schon vor der Wahl uns (d. h. dem damaligen Vorstand für die U.-K.) 10 Mk. überwiesen.

In Anbetracht obiger Verhältnisse wurde der Beschluß gefaßt, vorläufig darauf Gewicht zu legen, die bestehende Mitgliedschaft zu stützen. Inwiefern uns dies gelungen ist, am Schlusse. Ueber die innere Thätigkeit ist zu berichten die Agitations-Kommission hielt zur Erledigung ihrer Arbeit 12 Sitzungen ab. Dessenartige Versammlungen fanden auf Wunsch 4 statt. Außerdem fanden Besprechungen statt mit den Kollegen in Mölln und Ragsburg, sowie auf Wunsch der Hamburger Grobbäcker mit den Kollegen in der Fahrtenkruger Mühle (Holstein). Das Streikkomitee der Hamburger Grobbäcker hatte den taktischen Fehler begangen, bei der Ueberreichung von Forderungen an Bäckereien in einem anderen Gau, es nicht einmal der Mühe werth zu finden, den Vorstehenden der Agitations-Kommission vorher davon zu benachrichtigen, welches hiermit gerügt werden muß. In allen Versammlungen und Besprechungen waren Erfolge zu verzeichnen, mit Ausnahme von Flensburg. Ausgang an Briefen, Drucksachen und dergl. 40, Einnahme 35. In Einnahmen sind zu verzeichnen 10 Mk. von der Zahlstelle Lübeck, vom Hauptvorstand erhalten 110 Mk. in Summa 120 Mk. In Ausgaben: sachliche 86.96 Mk., persönliche 5.31 Mk. Unter letzterer Ausgabe ist mit enthalten die Kosten für eine Revision der Zahlstelle Altona an Comack. Die Revision war nothwendig, da trotz wiederholten schriftlichen Ersuchens um Antwort von Seiten der Unterkommission innerhalb fünf Monaten eine solche nicht zu erhalten war.

Die Mitglieder der Zahlstelle Altona werden ersucht, ihren Vorstand aufzufordern, Stellung zu nehmen zur Gautionferenz.

Demnach ist ein Kassenbestand von 27.73 Mk. vorhanden.

Ueber den Stand unserer Organisation ist obenberichtet zu berichten: Die Unterkommission in Kiel hat nach Ansicht der Kommission ihre Schuldigkeit getan, soweit es möglich war. Auf Veranlassung derselben fand in Flensburg eine öffentliche Bäderversammlung statt, einberufen vom dortigen Gewerkschaftsleiter, welche aber den gewünschten Erfolg nicht hatte. In den Städten Schleswig und Rendsburg war nach Ansicht des Kartellvorstandes der geeignete Zeitpunkt noch nicht vorhanden. (1) Die Einzelzahler in Schleswig könnten in dieser Beziehung etwas thun. In Neumünster fand in einer Versammlung des Organisationsvereins eine Aussprache statt, welche als Vorarbeit für später zu betrachten sein wird. In der Zahlstelle selbst dürfte ein guter Schritt vorwärts getan sein. In dem wickelhaften Lohnbewegung ein Ansporn für die Kollegen wird energisch und mit Geschick weiter zu agieren. Die Unterkommission in Altona hat sich aufgelöst. Eine Neuwahl hat bisher der Vorsitzende nicht angeordnet, wie denn Vorgesand der Zahlstelle Altona im Punkte Agitation der Vorwurf der größten Nachlässigkeit gemacht werden muß. Die Kommission wartet wiederum von Juli an auf Antworten von Seiten des Vorsitzenden. Außer ein paar Schreiben und eine guten Rechnung für eine Reil nach Tschob und Elmshorn ist leider aus dieser Gegend nichts zu berichten. Altona selbst hatte bei der Revision am 6. Juni d. J. einen Mitgliederbestand von 96, Kassenbestand 11 Mk. Die Agitations-Kommission in Lübeck richtete ihre Aufmerksamkeit auf Lübeck und Umgebung. In Lübeck selbst fanden auf Veranlassung zwei öffentliche Versammlungen statt. Es bedurfte jedoch erst der Einberufung einer kombinierten Sitzung, um sich über die weiteren Schritte schlüssig zu werden, welche als Resultat die Herausgabe eines Flugblattes nötig machte. (Vorstände und Einzelzahler, welche dasselbe unter nicht-organisierten Kollegen verbreiten wollen, können das Unterzeichnen noch eine Anzahl Exemplare erhalten.) Außer den eingangs erwähnten Besprechungen mit den Kollegen fand eine rege Korrespondenz mit den Gewerkschaftsleitern in Koldob und Schwerin statt, Flugblätter und Zeitungen sind auf Wunsch dahin gesandt worden. Auch in Oldesloe und Segeberg fand eine Verbreitung unseres Fachblattes statt. Die Zahlstelle Lübeck dürfte einen besseren Stand haben, als voriges Jahr, er könnte noch besser sein, wenn die etwas intelligenteren Kollegen mehr den gesellschaftlichen Verkehr mit den jüngeren Kollegen suchen würden. Alles in Allem genommen, kann konstatiert werden, daß der Mitgliederbestand trotz der Fluktuation ein stabiler geblieben ist. Derselbe bietet Lübeck ein Beispiel, wo im Winter eine Anzahl Kolonnen sich aufnehmen ließen, jedoch im Frühjahr die Stadt zu lassen. Immerhin darf behauptet werden, es ist Leben im Gau vorhanden. Und die nächste Gautionferenz wird Mittel und Wege finden müssen, das Leben zu entzünden.

Mit kollegialem Gruß

die Agitations-Kommission für den zweiten Gau.
F. A.: Franz Lomad.

Versammlungs-Berichte.

Braunschweig. Eine öffentliche Bäderversammlung fand am 19. d. M. in der „Englischen Krone“ statt. Der Kollege Briesborn aus Berlin sprach in etwa 1/2 stündiger Rede über die regierungsförmig geplante Umänderung des Maximalarbeitstages, worauf unter Bezugnahme auf diese Rede von den anwesenden Kollegen die folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die heutige von etwa 60 Bäderegehülften besuchte Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der geplanten Umänderung des Maximalarbeitstages in eine 18 stündige Maximalruhezeit pro Woche, und hält dieselbe einer vollständigen Befreiung des Maximalarbeitstages gleich. Die Versammlung ist über die geplante Umänderung höchst empört und protestiert hiergegen auf das Entschiedenste und erklärt, wenn die geplante Umänderung wirklich eintreten sollte, sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den 10 stündigen Arbeitstag erkämpfen zu wollen. Die Versammlung erblidt hierzu das wirksamste Mittel in einer starken Organisation und verpflichtet sich alle hier anwesenden Kollegen, welche dem Deutschen Bäderverbande nicht angehören, demselben beizutreten.“ Sodann sprach Kollege Schreiber über das hiesige Kost- und Logiswesen, welches abzuschaffen Pflicht eines jeden Kollegen sei. Nachdem sich noch einige Kollegen in den Verband hatten aufnehmen lassen, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Alberfeld. Mitgliederversammlung vom 16. Septbr. Kollege Fischer sprach über die geplante Verschlechterung des Maximalarbeitstages. Er führte in klarer Weise den Zweck, den die Verschlechterung haben sollte, vor Augen und forderte alle Kollegen auf, mächtig für unseren Verband Propaganda zu machen, um an derartige Verschlechterungen gefast zu sein. Am Schlusse berichtete er noch vom Kartell und zog im Besonderen die Anträge der Kommission, betreffs Errichtung eines Gewerkschaftshauses, in Erwähnung. In der Diskussion sprachen noch die Kollegen Ködiger, Balkusch, Köhmann und Dubois. Eine Debatte entsponn sich wegen der Umänderung des Krankenweizens, welches in der Unterkommission mit zur Sprache gekommen war. Dabei im Besonderen auf die Möglichkeit der Zentralfrankenkasse hingewiesen wurde. Wegen vorgerückter Zeit wurde diese Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung vertagt. Unter „Verschiedenes“ wurde vorgebracht, wie sich ein Bädermeister in der letzten Versammlung gegen den 8 Uhr-Redenantritt in der Stadthalle ausgesprochen hat und wurde behauptet, daß kein Kollege da gewesen sei, der ihm in dieser Sache entgegen getreten ist.

Hamburg. Eine öffentliche Bäderversammlung tagte am 23. September, Nachmittags, in der Lammstr. 11, in welcher Frau Steinbach-Hamburg referierte. Dieselbe war aber anderweitig in Anspruch genommen, so daß es ihr unmöglich war, zu erscheinen. Ihre Stelle vertrat Kollege J. Wichers. Der Redner schilderte in ausführlicher Weise die Lage der Bäder, der Gewerkschaften, speziell die unseres Verbandes. In der Debatte beteiligten sich die Kollegen Schütz, Götz und Fethle. Alsdann wurden noch einige lokale Angelegenheiten erörtert. Ein Kollege ließ sich auf die Vorrede mit einem Hoch auf die deutsche Bäderbewegung die Versammlung.

Schwabach. Am 18. September tagte hier eine gut besuchte Bäderversammlung, in der Kollege Dertsch aus Nürnberg einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Nach dem Vortrage hielt Kollege Rodentanz eine längere

Ansprache und klärte die Kollegen über Manches von den Rechten und Pflichten im Arbeitsverhältnis auf. Nachdem die Mitglieder des Verbandes ihre Beiträge entrichtet hatten, wurde an Stelle des bisherigen zweiten Vorsitzenden, welcher abgereist ist, Kollege Wittmann gewählt und Kollege Wälzlein zum Kassierer. Nachdem das die Abhaltung einer Gautionferenz erörternde Schreiben des Gauvorstandes verlesen, wurde abgestimmt, ob eine solche abgehalten werden solle, was von den Kollegen abgelehnt wurde, da es sich im achten Gau nicht nötig zeigt. Das Verhalten des Magistrats und die Verzögerung betreffs unserer Beschwerde gegen die Innung wurde scharf kritisiert; sodann erfolgte Schluß der Versammlung.

Starnberg. Am 11. September fand die Monatsversammlung im Vereinslokal statt. Tagesordnung: 1. Abhaltung der Monatsbeiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Nachdem die Punkte erledigt, verließ die Versammlung ohne Neuauftritt. Ferner wurde beschlossen, zu Ehren unserer zum Militär einrückenden Kollegen, am 25. September ein Abschiedsfest mit Konzert abzuhalten.

Eingefandt.

An die Kollegen von Hanau und Umgegend!

Kollegen! Wieder ein Miß durch unseren Verband und wieder ein Stoß gegen unsere Organisation wurde vollbracht, indem jene Männlein unseren werthen Kollegen und Vorstand Kiel außer Stellung gebracht haben. Aber die Freude sollen sie nicht genießen, unseren Verband in den Abgrund stoßen zu können. Das darf uns nicht abschrecken, sondern erst recht müssen wir jetzt unser Ziel zu erreichen suchen, um diesen Leuten Trost bieten zu können und ihnen klar zu legen, daß wir doch nicht so ohne Weiteres übers Rnie zu brechen sind. Darum laßt eure Laune nicht so stark hervortreten und kommt in die Versammlungen und bezahlt eure Beiträge regelmäßig, damit sich dieselben nicht anhäufen und so wird es Euch stets ein Leichtes sein, eure Pflichten zu erfüllen. Verliert nicht den Muth, denn einst werden unsere Gegner einsehen, daß wir nicht so leicht zu erschüttern sind. Erfreulicher Weise haben wir ein kleines Häuflein Verbandskollegen, die nicht wanken noch zagen werden, wenn auch die Angriffe gegen uns noch so wuchtig sein werden, dann werden auch unsere Gegner ihre Versuche, uns zu vernichten, aufgeben. Um unsere Vereinskasse nicht immer so stark in Anspruch nehmen zu müssen, mache ich noch darauf aufmerksam, daß den ersten Dienstag im Monat unsere Mitgliederversammlung im Lokal „Zur Stadt Frankfurt“ stattfindet, dann braucht Ihr nicht durch Einladungen darauf hingewiesen zu werden, denn diese kosten unserer Kasse Geld, was wir nützlicher verwenden können. Auch an unsere noch fernstehenden Kollegen möchte ich die Bitte richten, unsere Versammlungen zu besuchen, damit sie bald den Weg zur Verbesserung ihrer Lage kennen lernen. Mit Brudergruß G. Th. Koll.

Kollegen Stettins!

Bereits seit 6 Monaten ist hier bei uns eine Zeit eingetreten, wie sie wohl nie dagewesen. Eine Versammlung über die andere konnte nicht abgehalten werden, weil die Kollegen zu gleichgültig sind, weil sie denken, des Guten genug zu thun, wenn sie Beiträge bezahlen, denn das Besuchen der Versammlung scheint ihnen überflüssig. Wollen wir zusehen, wie die Kollegen anderer Städte sich immer mehr emporkraften, wollen wir zusehen, wie Städte, denen das Evangelium der Organisation viel später verkündet, schon heute den Kampf mit den Brogen aufnehmen. Nein! Ich dachte, das brauchen wir nicht; sei ein jedes Mitglied Agitator, dann werden wir auch unsere geringen Forderungen durchsetzen. Kommt alle am Donnerstag, den 7. Oktober zur Versammlung, damit die Organisation gestärkt wird. D. Rachtigall.

An die Berliner Verbandsmitglieder.

Seit einiger Zeit macht sich unter den Berliner Verbandskollegen eine gewisse Laune bemerkbar. In den letzten zwei Mitgliederversammlungen mußten die Vorträge wegen schwachen Besuchs ausfallen, denn es ist gerade zu traurig, wenn von einigen hundert Mitgliedern 30-40 Mitglieder in der Versammlung erscheinen.

Mitglieder! Wohin soll das führen! Glaubt Ihr, wenn Ihr den Monatsbeitrag entrichtet habt, und auch hierin nicht es sehr, sehr mangelhaft aus, ist genug getan? Mit nichten. Eines jeden Mitgliedes Pflicht ist es auch, die Mitgliederversammlung zu besuchen. Was sein, daß die Sommermonate dazu beitragen, wo sich ein jeder Kollege aus dem Häusermeer hinaushebt in die freie Natur, aber das ist kein stichhaltiger Grund, den Versammlungen fernzubleiben. Hat Euch nicht die verfloßene Lohnbewegung gelehrt, daß ohne eine straffe, disziplinierte Organisation nichts zu schaffen ist, oder ruht man sich auf die winzigen Erfolge der Lohnbewegung aus, oder aber hat man gar den Muth verloren, weiter zu kämpfen, von Neuem mit frischem Muth wieder vorzugehen. Ist das Bessere der Fall, nun dann, Berliner Bäderegehülften, schlafe ruhig weiter bis Dir die Innungsrippe das Fell über die Ohren gezogen hat, laß Dich ruhig weiter ausbeuten und weiter herabdegradieren.

Verbandsmitglieder! Ihr seid die Hioniere! Die nächste Lohnbewegung muß sich auf die Organisation aufbauen, darum agitiert fleißig für den Verband und werbet Mitglieder. Erscheint alle recht zahlreich in den Versammlungen. Dunkle Wolken stehen am Horizont und man droht uns das wieder hinwegzunehmen, warum wir so viele Jahre gekämpft haben, den Maximalarbeitstag. Doppelt schwere Aufgaben treten an uns heran und fordern eine festgeschlossene Kämpferschaar. Nicht die Hände in den Schoß legen und müßig zusehen, sondern aufgewacht! Vorwärts, fleißig mitschaffen und arbeiten, das sei die Lösung eines jeden Verbandsmitgliedes!

Die nächste Mitgliederversammlung findet am Dienstag, den 2. Oktober im Gewerkschaftshause, Engelstr. 15, Nachmittags 3 1/2 Uhr, statt. Wir ersuchen die Mitglieder, zahlreich zu erscheinen. Mit Gruß Karl Höpfer.

Briefkasten der Redaktion.

Bechiedene Nummern dieses Blattes, Jahrgang 1899, sind vollständig verbraucht. Kollegen, welche noch im Besitze der Nr. 7, 8, 12, 18, 19, 20, 35 und 36 des Jahrganges 1899 sind, werden gebeten, dieselben an die Redaktion d. Bl. einzufenden.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Im Verlage des Verbandsvorstandes wird Mitte Oktober eine Agitationsbrochure, betitelt „Die Lohnbewegungen und Streiks der letzten Jahre im Bädergewerbe“, erscheinen, welche in gedrängter Kürze die Entstehung und Entwicklung unseres Verbandes, den Kampf zur Erringung und Erhaltung des Maximalarbeitstages und die Lohnbewegungen und Streiks der Jahre 1898, 1899 und 1900 behandelt. Sie wird in Massenaufgabe hergestellt und unentgeltlich an die Kollegen verbreitet. Selbstverständlich soll mit dieser Brochure nicht umhergeworfen werden, sondern es ist genügend, wenn jedes Mitglied dieselbe erhält, außerdem in solche Betriebe noch, wo keine organisierten Kollegen arbeiten, eine solche gesandt wird. Die Agitationskommissionen der Gaue, wie die Vorstände der Mitgliedschaften werden ersucht, ihre Bestellungen bis spätestens den 5. Oktober beim Unterzeichneten einzureichen. Später einlaufende Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Verbandsvorstand.

F. A.: D. Altmann, Vorsitzender.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Reuthstr. 2.

Neu-Erscheinungen:

Gruppenbild der sozialdemokr. Reichstagsfraktion.

Zusammengestellt im August 1900.

Größe 50x65 cm. Preis 60 Pfg. Worte 20 Pfg. Dieses auf feinem Glanzkarton nach neuen Photographien sauber hergestellte neue Gruppenbild enthält alle bis August in Nach- und Ersatzwahlen gewählten Abgeordneten.

Porträt Wilhelm Liebknechts

in Original-Pupfer-Nadierung auf Chinapapier
53x40 cm. Preis 1.50 Mk.

Dieses wirkliche Kunstblatt, zu dem als Gegenstück die Porträts von Bebel und Singer in gleicher künstlerischer Vollendung erschienen sind, bildet als würdiges Andenken an unseren großen Vorkämpfer den schönsten Zimmerschmuck.

Achtung II. Gau!

Unsere Gautionferenz findet am 14. Oktober in Neumünster

im „Convent-Garten“ statt, Anfang derselben 11 Uhr. Tagesordnung: 1. Bericht der Agitations- resp. der Unterkommissionen. 2. Ueber die fernere Agitation in unserem Gau. Referent: D. Altmann. 3. Welche Stellung nehmen wir ein gegenüber den Vergnügungsvereinen? Referent: Lomad. 4. Berathung über die gestellten Anträge. 5. Neuwahl der Agitationskommission.

Den Vorsitzenden werden für die delegierten Mandate zugesandt; die Einzelzahler mögen sich dieserhalb an Unterzeichneten wenden. Mit kollegialem Gruß

Die Agitations-Kommission. F. A.: Franz Lomad, Lübeck, Chausstraße 9, III.

Achtung! Bäderegehülften von Neumünster!

Am Sonntag, 14. Oktober, Nachm. 4 Uhr, findet im „Convent-Garten“ eine

öffentliche Bäderversammlung

statt. Referent und Tagesordnung werden in der Versammlung bekannt gemacht. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Einberufer.

Passend für Bäckerei

sind in bester Geschäftslage Altonas (Holstenstr.) schöne, helle und geräumige Lokalitäten, welche als Bäckereibetrieb hergerichtet werden, preiswerth zu vermieten. Näheres bei C. W. Jordan, Hamburg, Hammerbrookstraße 47, Keller.

Kollege Otto Groschupf aus Großhartmannsdorf bei Freiberg i. S. wird er sucht, seine Adresse an Willi Bader, Hannover, Calerbergerstr. 7, gelangen zu lassen.

Nachruf!

Unserem sehr bewährten Schriftführer der südbayerischen Agitationskommission, Kollegen **Lanke** zu seiner Abreise nach Stuttgart ein herzliches

Lebe wohl!

Möge es ihm gelingen, die Ideen unseres Verbandes in die Reihen der dortigen Mitglieder zu bringen. A. 3.-] Mitgliedschaft München.

Café Wittelsbach.

München. Herzog Wilhelmstraße. München.

Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag:

Haupttreffpunkt der Bäcker Münchens.

Freunden und Bekannten und meinen werthen Gästen zur Nachricht, daß ich meine Gast- und Speisewirtschaft von der Mühlenstraße nach

Elbstrasse 11

verlegt habe.

Achtungsvoll

A. Donabauer.

NB. Gute, preiswerthe Speisen und Getränke! A. 3.-] Aufmerksamste Bedienung!

Redaktion und Verlag: D. Altmann, Hamburg, Gr. Neumarkt 28. Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Eilbek, Friedenstr. 4.

Die Streiks in Deutschland im Jahre 1899.

Seit dem Jahre 1891 wird seitens der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands eine Statistik über die Streiks und Aussperrungen, welche in Deutschland vorkommen, geführt. Das Material für diese Statistik wird durch Umfrage bei den Vorständen der gewerkschaftlichen Zentralverbände beschafft. Da in einer ganzen Anzahl Organisationsaufzeichnungen über die Einzelheiten der Streiks nicht gemacht wurden, so war die Statistik in den ersten Jahren der Aufnahme nicht ganz vollständig. In den letzten Jahren haben die Gewerkschaftsvorstände aber sämtlich für die Statistik bemerkenswerten Einzelheiten über die Streiks verzeichnet, so daß die Statistik alle Streiks, welche vorgekommen sind, mit Ausnahme derjenigen, an welchen organisierte Arbeiter nicht beteiligt waren, enthält. Seit dem 1. Januar 1900 ist eine weitere Verbesserung der Aufnahme der Statistik infolge erfolgt, als diese in allen zentralisierten Gewerkschaften nach einem einheitlichen Schema fortlaufend geführt wird.

Bis zum Jahre 1899 bot die Statistik der General-Kommission das einzige zuverlässige Material über die Streiks. Seit dem 1. Januar 1899 wird aber auch eine amtliche Statistik seitens der Reichsverwaltung aufgenommen. Bei dieser amtlichen Aufnahme scheint zwar der ganzen Anlage nach die kriminalrechtliche Seite der Statistik vor die volkswirtschaftliche gestellt zu werden, doch bietet sie, oder sollte wenigstens bieten, ein vollständigeres Bild als die Gewerkschaftsstatistik. Eine Jahreszusammenstellung der amtlichen Statistik ist noch nicht erfolgt, doch ist vierteljährlich ein Auszug aus den Ergebnissen der Aufnahme veröffentlicht worden. Voraussichtlich wird die Jahreszusammenstellung nicht eine einfache Summierung der vierteljährlich veröffentlichten Bismers sein, sondern es dürften noch wesentliche Verichtigungen besonders bezüglich der in der amtlichen Statistik unermittelbaren Doppelzählungen erfolgen. Die Reichsstatistik zählt nämlich die Streiks nach Verwaltungsbezirken, so daß ein Streik, der sich über zwei bis drei Bezirke erstreckt (z. B. Berlin und Vororte) zwei bis drei Mal gezählt ist. Bei gleicher Teilnehmerzahl ist also die amtliche Zahl der Streiks größer, was allerdings dadurch ausgeglichen wird, daß auch die Gewerkschaftsstatistik doppelte Streikziffern bei Beteiligung mehrerer Organisationen (besonders im Baugewerbe) nicht ausschließt. Dem gegenüber zählt die Reichsstatistik einen Streik, der Betriebe verschiedener Branchen und Industriezweige betrifft, als ebenso viele Einzelstreiks. Wenn z. B. ein Tischlerstreik die Möbel-, Bau-, Mobell-, Parkett-, Apparaten- und sonstige Branchen umfaßt, so wird für jede Branche ein selbstständiger Streik gezählt, während die Gewerkschaftsstatistik, sofern alle diese Berufe derselben Organisation angehören, diesen Streik als einheitlichen aufzählt. Ob in der Jahreszusammenstellung der amtlichen Statistik sich diese Fehler vorfinden werden beizufügen, ist fraglich. Für einen vorläufigen Vergleich mit den Ergebnissen der Gewerkschaftsstatistik sind wir auf eine Summierung der vierteljährlichen Veröffentlichungen der Ergebnisse der amtlichen Aufnahme angewiesen.

Diese ergibt an Streiks und Aussperrungen 1333 mit 106 001 beteiligten Personen (darunter 41 Aussperrungen mit 6204 Beteiligten).

Die Gewerkschaftsstatistik weist für 1899 976 Streiks und Aussperrungen mit 100 779 beteiligten Personen (darunter 41 Aussperrungen mit 11 815 Beteiligten) aus.

In der Gewerkschaftsstatistik fehlen die Streiks der Bauarbeiter (Hilfsarbeiter) und der Tapezierer. Wenn in der amtlichen Statistik die Doppelzählungen, welche aus den angegebenen Gründen entstehen müssen, ausgeglichen werden, so dürften die Ergebnisse der beiden Statistiken sich ziemlich nahe kommen. Ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaftsstatistik zuverlässiges Material bietet, wie auch dafür, daß nur wenige Streiks vorkommen, von welchen die Gewerkschaftsvorstände keine Kenntnis erhalten.

In der Gewerkschaftsstatistik ist stets eine Gruppierung der Streiks nach Angriff- und Abwehrstreiks erfolgt. Es ist dies ursprünglich in der Absicht geschehen, um den Nachweis zu führen, in wie zahlreichen Fällen die Unternehmer die Verantwortung dafür tragen, daß die Arbeiter zum Streik greifen müssen, um einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorzubeugen und daß die Zahl dieser Streiks nicht geringer ist als die, bei welchen die Arbeiter zum Angriff übergehen. Aus dieser Gruppierung hat sich jedoch im Laufe der Jahre ein interessantes Material ergeben. Es geht aus diesem hervor, daß in der Periode ungunstiger wirtschaftlicher Konjunktur die Unternehmer sofort bestrebt sind, die Löhne zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern, kurz, den eintretenden Ausfall am Profit durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auszugleichen, den Verlust auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen.

In der nachstehenden Tabelle, welche die Zahl, Dauer und Kosten der Streiks von 1890 bis 1899 enthält, ist auch angegeben, wie viel Prozent der Streiks Angriff- resp. Abwehrstreiks waren.

Jahr	Anzahl der Streiks in denen Streiks vorkamen	Anzahl der Streiks	Zahl der beteiligten Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Gesamte Ausgabe	Von den Streiks waren in Prozenten
						Angriffsstreiks
						Abwehrstreiks
1890-91	27	226	38 536	1348	2 094 922	65,0
1892	21	73	3 022	507	84 638	27,4
1893	26	116	9 356	568	172 001	32,0
1894	27	131	7 328	879	354 297	29,5
1895	29	204	14 032	1030	424 231	49,0
1896	40	483	128 808	1923	3 042 950	68,7
1897	37	578	63 119	1921	1 257 298	57,1
1898	44	385	60 162	4848	1 345 302	46,7
1899	40	976	100 770	3976	2 627 119	55,5
Summa	—	3772	425 142	17 000	11 402 758	53,6

* In diesen Jahren ist nicht von allen Gewerkschaften eine genaue Bezeichnung der Streiks erfolgt. Das Prozentverhältnis ist nach der Gesamtzahl der Streiks berechnet. In den ungunstigen Wirtschaftsjahren 1892-94 sind die meisten Streiks zur Abwehr geführt. Die Arbeiter sind genötigt, ihre Position zu verteidigen. Mit vollem Rechte greifen sie daher beim Eintritt der wirtschaftlich günstigen Periode zur Arbeitseinstellung, um das Verlorene wieder zu gewinnen oder sich einen Anteil an dem den Unternehmern zuzuführenden Mehrertrag zu sichern. Angesichts dieser aus der Statistik sich ergebenden Thatsachen ist es über angebracht, den Arbeitern den Vorwurf zu machen, daß sie während der

günstigen Konjunktur streiken, anstatt den „Nationalwohlstand“ durch gesteigerte Thätigkeit zu vermehren.

Die Arbeiter wissen aber, daß sie an dem sogenannten „Nationalwohlstand“ keinen Anteil haben, und daß dessen Erhöhung nichts Anderes bedeutet, als Vermehrung des Reichthums der besitzenden Klasse. Sie sind deshalb der Meinung, daß für sie keine Ursache vorliegt, bei färglichem Lohne weiter zu vegetieren, während durch ihre Arbeit der Reichthum der besitzenden Klasse des Volkes vermehrt wird. Wenn die Unternehmer nicht geneigt sind, ohne daß es einer Aufforderung bedarf, von ihrem steigenden Gewinn den Arbeitern etwas in Form einer Lohnerhöhung abzugeben, so sollten sie es wenigstens thun, wenn die Arbeiter mit einer solchen Forderung an sie herantreten.

In ausreichendem Maße ist nachgewiesen, daß die Arbeiter nie zum Streik greifen, ohne mit dem Unternehmer eine Verständigung über die gestellten Forderungen zu versuchen. Wie die Unternehmer solchen Versuch der Verständigung beantworteten, zeigt die gegenwärtige Aussperrung der Werftarbeiter in Hamburg.

Von der Regel, daß in der günstigen Wirtschaftskonjunktur die Zahl der Angriffstreiks überwiegt, machte das Jahr 1898 eine Ausnahme. Während in den vorhergehenden Jahren günstiger Konjunktur und auch 1899 nur 31 bis 46 pZt. der Streiks Abwehrstreiks waren, weist das Jahr 1898 53 pZt. solcher Streiks auf. Es ist dies ein Ergebnis der Zuchtungsgefühltung des Unternehmertums. Das Jahr 1898 weist nicht weniger als 229 Aussperrungen und solche Streiks auf, welche wegen Mangelregelung und der Forderung entstanden, daß die Arbeiter aus den Gewerkschaften austreten sollten. Nachdem jedoch eine unverhältnismäßig hohe Zahl, nämlich 57 pZt., der Abwehrstreiks erfolgt für die Arbeiter endeten, merkten die Unternehmer, daß die Arbeiter durch die Drohung, ins Zuchthaus gesteckt zu werden, nicht müde gemacht waren, und für 1899 sind nur 151 Aussperrungen und Streiks zu verzeichnen, welche aus den genannten Ursachen entstanden.

Für die Arbeiter ist der Ausgang, welchen die Streiks in den einzelnen Jahren genommen haben, überaus lehrreich. In der folgenden Tabelle sind die Resultate der Streiks in Prozenten angegeben.

Jahr	Resultat der Streiks in Prozenten *							
	Angriffstreiks				Abwehrstreiks			
	Erfolgreich	Zweimalig erfolgreich	Erfolgslos	Unbekannt	Erfolgreich	Zweimalig erfolgreich	Erfolgslos	Unbekannt
1890-1891	36,7	40,2	20,4	2,7	16,5	37,9	31,6	14,0
1892	30,0	30,0	40,0	—	35,8	17,0	45,3	1,9
1893	48,7	29,7	21,7	—	41,8	17,8	37,9	2,5
1894	31,6	39,5	29,9	—	26,3	24,2	44,0	5,5
1895	57,0	18,0	25,0	—	32,0	12,7	53,2	2,1
1896	54,2	23,3	14,5	3,0	34,4	18,5	38,4	8,7
1897	53,3	30,6	16,1	—	38,7	18,2	40,7	2,4
1898	50,9	32,7	13,7	2,7	57,0	11,4	29,8	1,8
1899	56,6	25,4	14,0	3,8	50,5	15,3	31,9	2,3
	49,0	27,6	15,2	2,2	41,3	15,7	33,8	3,3

* Es sind nicht in allen Jahren genaue Angaben gemacht. Das Prozentverhältnis bei den Resultaten der Streiks ist nach der Anzahl der Streiks berechnet, für welche Angaben gemacht sind.

Es ergibt sich daraus, daß auch während der günstigen Geschäftskonjunktur die Chancen bei den Abwehrstreiks für die Arbeiter nicht günstig stehen. Während in den letzten vier Jahren von den Angriffstreiks nur 13 bis 16 pZt. erfolglos endeten, sind von den Abwehrstreiks 29 bis 40 pZt. erfolglos gewesen. Es wird also zum Abwehrstreik mit noch größerer Vorsicht gegriffen werden müssen, als zum Angriffstreik, weil der Angezeiger (im ersteren Falle der Unternehmer) in der Regel die günstigere Position inne hat.

Von den im Jahre 1899 geführten 976 Streiks mit 100 779 Beteiligten, 3976 Wochen Dauer und 2 627 119 M. Ausgabe waren: Angriffstreiks 542, mit 63 139 Beteiligten, 2193 Wochen Dauer und einer Ausgabe von 1 524 695 M.; Abwehrstreiks 430, mit 27 570 Beteiligten, 1764 Wochen Dauer und 850 867 M. Ausgabe. Es ist hierbei zu beachten, daß hierin 4 Streiks nicht enthalten sind, über welche nähere Angaben fehlen, oder die sich, wie z. B. der mit gleichzeitiger Aussperrung verbundene Streik der Formstecher, in keine der beiden Gruppen einrangieren lassen. Die meisten Streiks, nämlich 479 mit 60 740 Beteiligten, wurden um Lohnerhöhung oder Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit geführt. Aussperrt wurden in 41 Fällen 11 815 Personen. Wegen Mangelregelung entstanden 102 Streiks mit 4910 Beteiligten, und wegen Lohnreduzierungen 125 Streiks mit 4446 Beteiligten.

Wie die gesamten Streiks sich auf die hauptsächlichsten Industriezweige verteilen, zeigt die folgende Tabelle:

Industriezweig	Anzahl der Streiks	Zahl der beteiligten Personen	Von sämtl. Streiks und beteiligten Pers. entfall. auf die Industriezweige in Prozenten
			Streiks
			Pers.
Holz- und Schnitzstoffe	21	269	2,15
Bildhauer	19	583	1,94
Böttcher	132	14031	13,92
Holzarbeiter	4	314	0,41
Bergolber	—	—	—
	176	15197	18,03
Nahrungs- und Genußmittel	5	1118	0,51
Bäcker	10	745	1,02
Brauer	25	662	2,56
Tabakarbeiter	40	2525	4,09
	—	—	—
Bekleidung	12	638	1,23
Handschuhmacher	3	7	0,31
Hutmacher	8	2951	0,82
Schneider	28	1878	2,87
Schuhmacher	—	—	—
	51	5474	5,22

Es waren ferner noch Streiks zu verzeichnen bei den Gärtnern 1 mit 5, Bergarbeitern 2 mit 6000, Fabrikarbeitern 19 mit 10 379, Buchbindern 6 mit 145, Leberarbeitern 13 mit 742, Sattlern mit 63, Textilarbeitern 20 mit 10 379, Buchdruckern 17 mit 355, Lithographen 1 mit 14, Formstechern 1 mit 276, Pfeifenreißern 1 mit 45, Hafenarbeitern 1 mit 18 und Handelsreisenden 9 mit 3862 Beteiligten, doch bilden diese, sofern sie nach Industriezweigen eingeteilt werden, nur einen geringen Prozentsatz der Gesamtzahl der Streiks und der beteiligten Personen.

Auf die Gruppe Baugewerbe entfallen mehr als ein Drittel der gesamten Streiks und der beteiligten Personen. In dieser Gruppe war auch die Zahl der erfolgreichen Streiks am höchsten, sie betrug 61,6 pZt. Den geringsten Erfolg mit 10 pZt. weist die Gruppe Handel und Verkehr auf, dann folgt die Nahrungsmittelindustrie mit 27,5 und die Metallindustrie mit 39,4 pZt. völlig erfolgreichen Streiks. Diese äußern sich von einander abweichenden Resultate der Streiks sind nicht allein auf unzureichende Organisation in den weniger begünstigten Industriezweigen zurückzuführen, sondern auch auf die schwierigen Verhältnisse, welche in einzelnen Gewerben der Durchführung gestellter Forderungen durch eine Arbeitseinstellung entgegenstehen.

Von allgemeinem Interesse aus den Ergebnissen der Streikstatistik ist auch die Art der Aufbringung der Mittel zur Unterstützung der Streiks. Im Jahre 1899 kamen zur Streikunterstützung ein: Aus den Verbandskassen 2 016 157 M.; aus freiwilligen Beiträgen der Mitglieder 217 181 M.; durch Sammlungen 190 808 M.; durch Beiträge anderer Gewerkschaften 198 063 M. und aus dem Auslande 7079 M. Es ist die erfreuliche Thatsache zu konstatieren, daß in den letzten Jahren die Kosten der Streiks zum größten Teile aus den Kassen der Gewerkschaften gedeckt werden, während sie früher überwiegend durch Sammlungen, die während des Streiks unternommen sind, aufgebracht wurden. Während in den Jahren 1892-94 nur 24-34 pZt. der Streikausgaben aus den Verbandskassen gedeckt wurden sind 1897-99 62-78 pZt. der Ausgaben den Kassen der Gewerkschaften entnommen. Es wird damit bewiesen, daß die Gewerkschaften innerlich erstarbt sind und somit einen festeren Schutzwall für die Arbeiter bilden. Man wird nicht fehlgehen, die in den letzten Jahren sich zeigende erfolgreichere Durchführung der Streiks auf diese bessere finanzielle Fundiruna der Gewerkschaften zurückzuführen.

Das sollte eine sehr zu beachtende Mahnung für diejenigen sein, welche meinen, daß die Gewerkschaften nicht nötig hätten, größere Fonds anzusammeln. Sie werden finden, daß die erfolgreichen Streiks prozentual in demselben Maße wachsen, als die Deckung der Kosten der Streiks aus den Kassen der Organisationen prozentual zunimmt. Wenn die Unternehmer einer Organisation gegenüberstehen, deren Kasse die Garantie bietet, einen Streik wochenlang ausreichend unterstützen zu können, so zeigen sie sich geneigter, den Arbeitern Konzessionen zu machen, als wenn sie es mit Arbeitern zu thun haben, bei denen vom ersten Tage die Hilfe Anderer zur Führung des Streiks in Anspruch genommen werden muß. Das ist eine werthvolle Lehre, welche die Arbeiterchaft aus den Ergebnissen der Streikstatistik ziehen kann und ziehen muß.

Im Ganzen bieten die Ergebnisse der Streikstatistik ein erfreuliches Bild des Fortschritts im wirtschaftlichen Kampfe. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß die sich mehrenden Zeichen des Herannahens einer ungunstigen Wirtschaftskonjunktur die Gewerkschaften mahnen sollten, mit vermehrten Kräften sich zu rüsten, um den zu erwartenden verstärkten Angriff der Unternehmer auch in der Periode niedergehender Konjunktur erfolgreich abweisen zu können.

Seitens der Generalkommission ist auch Umfrage bezüglich der vorgekommenen Bestrafungen Streikender gehalten worden, wenigstens diese in die nur von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus zu betrachtende Streikstatistik nicht hineingehören. Es muß aber das Material für Streikberichter gesammelt werden, um damit aufwarten zu können, wenn sich wieder die Geküste nach einem Zuchtungsgefühlt zu einer gesetzgeberischen Aktion auszuwirken sollten.

Das für 1899 zusammengetragene Material ist nicht vollständig, weil von den Vorständen der Organisationen der Holzarbeiter, Leberarbeiter und Textilarbeiter keine Angaben über die bei den Streiks vorgekommenen Bestrafungen Streikender gemacht werden konnten. Es ist deshalb auch das Prozentverhältnis der Bestrafungen nicht zu der Gesamtzahl, sondern nur von der Zahl der Streikenden zu berechnen, für deren Beruf Angaben bezüglich Bestrafungen gemacht wurden. Es kamen solche bei 81 Streiks = 9,9 pZt. der in Vergleich zu stehenden Streiks vor. Nicht weniger als 90 pZt. der Streiks verliefen also, ohne daß der Staatsanwalt Gelegenheit fand, in Aktion zu treten. Bestraft wurden 191 Personen mit 18 Jahren 7 Monaten 2 Wochen und 2 Tagen Gefängnis, 4 Wochen Haft und 911 M. Geldbuße. Außerdem erhielten neun Personen 5 1/2 Wochen Haft und 115 M. Geldstrafe wegen „groben Unfugs“ und 44 Personen 2 Wochen Haft und 405 M. Geldstrafe wegen Uebertretung des Polizeiverordnungsrechts. Die letzteren Strafen können bei der Beurteilung der Vergehen bei Streiks nicht in Frage kommen, weil es sich hier um Bestrafungen von Handlungen dreht, die fast allgemein nur bei Streikenden als strafbare verfolgt werden.

An den 811 Streiks in 37 Gewerben, welche der Berechnung des Prozentverhältnisses der Bestrafungen zu den Streikenden zu Grunde gelegt worden sind, waren insgesammt 75 227 Personen beteiligt. Da 191 derselben wegen Vergehen bei Streiks bestraft wurden, so kamen auf 1000 Streikende nur 2,5 Bestrafte. Man begreift nicht, daß angesichts dieser Thatsachen diejenigen, welche von dem ungeheuerlichen Terrorismus der Streikenden reden, nicht das lächerliche Auftreten fühlen.

Wenn man ferner die Art der Vergehen betrachtet, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß die Streikenden Arbeiter in einer Weise bestraft sind, sich in den gesetzlichen Grenzen zu halten, daß man ihnen volle Anerkennung aussprechen, nicht aber sie derunglimpfen sollte. Es wurden nur vier Fälle von Mißhandlung und Körperverletzung konstatiert. Die anderen „Vergehen“ bestehen in der Regel in Verweigerung die unter anderen Verhältnissen und nicht bei einem Streik gemacht, nicht beachtet, viel weniger als Straftaten angesehen werden. Wenn wir auch zugeben, daß bei Streiks jede Handlung unterlassen wird, welche zu strafrechtlichen Verfolgungen Anlaß geben könnte, so muß doch anerkannt werden, daß bei dem Uebereifer, welchen Behörden und Staatsanwälte bei den Streiks entwickeln, durch die geringe Zahl der Bestrafungen den Streikenden ein vorzügliches Zeugnis für ihren Rechtschaffenheit ausgestellt wird.

N. B e g e n.

Versammlungs-Berichte.

Die Schriftführer werden ersucht, das Papier nur auf einer Seite zu schreiben, sowie auf dieser auch genügend Raum zur Korrektur frei zu lassen. Berichte, welche diesem nicht entsprechen, werden in Zukunft nicht mehr berücksichtigt.

Darmstadt. Am 11. September fand hier eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Modernes Glanzlicht“ statt. Ins Bureau wurden die Kollegen Hecht, Reiser und Haag gewählt. Kollege Reimann war als Referent erschienen und legte den Kollegen klar, was als modernes Glanzlicht zu verstehen sei. Ungehebbel bei all der Lohn für seine Ausführungen. In der Diskussion sprachen dann die Kollegen Pfaff, Hecht und Grünwald im Sinne des Referenten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Bäderversammlung ist der Meinung, daß durch eine geschlossene Klasse bessere Löhne und Arbeitsbedingungen erreicht werden können und erkennt an, daß der deutsche Bäderverband nach dieser Richtung hin bedeutende Erfolge zu verzeichnen hat. Aus dieser Erkenntnis heraus verpflichteten sich die Anwesenden dem deutschen Bäderverbande beizutreten und auch hier menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. 5 Kollegen ließen sich als Mitglieder in den Verband aufnehmen und wurde nach einem anfeuernden Schlusswort des Referenten die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.“

Darmstadt. Am 13. September fand unsere besuchte Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Wahl eines Schriftführers und Revisors. 2. Leitung der öffentlichen Versammlung. 3. Verschiedenes. Zunächst wurden die Kollegen Roth als Schriftführer und Heiser als Revisor gewählt. Zum zweiten Punkt ergriff der Vorsitzende das Wort und erläuterte den Kollegen in kurzen Worten, wie eine öffentliche Versammlung zu leiten sei und weshalb man ein Bureau wähle. Unter „Verschiedenes“ brachten die Kollegen Wenz, Grünwald und Karnstadt verschiedene Mißstände in Sprache und feuerten die Kollegen an, so weiter für den Verband zu agitieren, zu unserem Wohle und zum Troste der Annahms-Scharfmacher. Nachdem noch zwei Kollegen aufgenommen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Dortmund. In der am 16. September stattgehabten öffentlichen Versammlung referierte Kollege Brieskorn aus Berlin über die Bewegung der deutschen Bädergesellen. Der Referent ging in kurzen Worten auf die letzten Lohnbewegungen unserer Branche und die Berechtigung der Hauptforderung: Abschaffung des Kost- und Logiswesens beim Meister ein, besprach und kritisierte sodann scharf die geplante Verschlechterung des Maximalarbeitstages und forderte die zahlreich erschienenen auf, sich der Organisation anzuschließen, hierdurch allein sei es möglich, nicht nur jeder Verschlechterung unserer Lage vorzubeugen, sondern dieselbe auch zu heben. In der Diskussion, die sich sehr lebhaft gestaltete, unterzogen namentlich Redner die Verschlechterung des Maximalarbeitsages einer scharfen Kritik und gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heute am 16. September im Lokale des Herrn Jantowski von ca. 150 Personen besuchte Bäderversammlung protestiert energisch gegen eine in Aussicht genommene Minimalruhezeit und erblickt in derselben nur eine Verschlechterung der jetzt bestehenden Verhältnisse. Die Versammlung erklärt, tritt die in Aussicht genommene Verschlechterung ein, so sieht sich die gesammte Bädergesellschaft gezwungen, mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dagegen anzugehen und wird dahin streben, den zehnstündigen Arbeitstag zu erringen.“ Nach einem Schlusswort des Referenten, dem reichlich Beifall zu Theil wurde, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Bäderbewegung geschlossen.

Freiburg i. Br. In der Mitgliederversammlung vom 13. September wurden W. Guntzeiger als Vorsitzender, D. Sartorio als Kassierer und R. Brader als Schriftführer gewählt, als Revisoren R. Andris und R. Hofmeister. Wegen zu großer Meinungsverschiedenheiten in der Lokalfrage konnte noch kein Beschluß über ein Lokal gefaßt werden. Vorherrschend griff Kartellvorsitzender Spandel das Wort über das Verhältnis der Bäder, gegenüber anderen Gewerbebetriebern und führte der Versammlung vor Augen, wie weit wir noch zurück sind in unseren Lebensverhältnissen, und welche traurige Mißstände heute zu Tage noch herrschen. Auch kam er zu sprechen auf die Gefahr, die uns droht, betreffs Aufhebung der Bäderverordnung und legte Alles in eingehender Weise dar, wofür er reichen Beifall erntete. Hierauf führte Kollege Sartorio einige Mißstände aus verschiedenen Bädern von Freiburg auf. So brachte er unter Anderem auch zur Sprache, wie in einer Bädererei die Kollegen zusammenschlagen müssen, wobei der Eine Ausschlag hatte, so daß der andere Kollege sich weigerte, mit ihm zu schlagen. Hierauf bekam er vom Kassierer zur Antwort: „Wenn Du nicht in dieses Bett liegst, wirst Du nicht in die Wollkammer legen“, was er natürlich nicht that und wieder mit dem anderen Arbeiter schlief, wobei er dann den Ausschlag auch bekam. Hierauf verteilte Redner die Kollegen auf, wenn ihnen solche Mißstände aus ihren Läden, sie nur dem Vorstand der Mitgliedschaft anzuzeigen, daß man sie in der Fachzeitung festzulegen könne. (Anm. d. Schriftf. Ich fordere die Mitglieder auf, sich zahlreich an den Versammlungen zu beteiligen, besonders in der nächsten Versammlung Alle anwesend zu sein, wo endgültig das Verbandslokal bestimmt werden wird.)

Hagen. In der am 16. September 1900 im Lokale des Herrn Erneputsch stattgefundenen öffentlichen Bäder-Versammlung referierte Kollege Hegemann in einem 1 1/2 stündigen Vortrage über die wirtschaftliche Lage der Bäderei. Er führte den Anwesenden vor Augen, daß sie nur mittelst einer starken Organisation ihre jetzige prekäre Lage überleben können und wies auf die Erfolge der Bäder in anderen Städten hin. Nachdem Hegemann seinen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag beendet hatte, forderte der Vorsitzende: „Br. auf, es möchten sich Gegner zum Worte melden.“ Erst nach mehrmaligem Auffordern meldete sich Bädermeister Anholt zum Wort. Er wandte sich gegen die Ausführungen der Referenten und behauptete, ein jeder Bädergeselle habe das Streben, sich selbstständig zu machen und verdiene auch, wobei er davon das nötige Kapital zusammenparen könne, aber das dann, wo sich jetzt schon die Bädermeister am liebsten vor Konkurrenz die Augen ausbaden möchten, auch selbst ein Bädermeister fände, erwähnte er nicht. Bädermeister Hegemann ihm das Unhaltbare seiner Behauptungen gewiesen hatte, konnte sich dieser Herr nicht enthalten, sondern erwiderte in ganz brutaler Weise zu fragen, wobei er nach ein Rüge vom Vorsitzenden über den Anstand einfiel, worauf er für seinen Vortrag bezahlt bekam. Dies brachte den Referenten in Harnisch und er erklärte, 30 Mk., wie die Delegierten des Innungsverbandes Germania bekame er nicht, worauf diese Stütze von Thron an Altar es vorzog, schlugen nicht zu verduften. Schade, Herr Anholt, Sie hätten doch so vieles von den nachfolgenden Rednern lernen können; Sie werden uns doch gewiß das nächste Mal wieder mit Ihrem Besuche erfreuen; aber sollte Ihnen die Lust dazu vergangen sein? Nachdem noch verschiedene Redner sich für den Verband ausgesprochen hatten, schloß der Vorsitzende mit einem kernigen Schlusswort die sehr gut besuchte Versammlung.

schloß der Vorsitzende mit einem kernigen Schlusswort die sehr gut besuchte Versammlung.

Nächste Versammlung Sonntag, 30. September 1900, Nachmittags 6 Uhr im Lokale des Herrn Erneputsch, Mittelstr. Kollegen! Erscheint Mann für Mann und gebt dadurch zu erkennen, daß auch Ihr gewillt seid, Eure Lage zu verbessern.

Hamburg. (Weißbäder.) Mitgliederversammlung am 13. September in der „Leffinghale“. Zunächst referierte Redner über das neue Unfallversicherungsgesetz. Redner schloß mit der Aufforderung, in allen Fällen, wo man im unklaren darüber sei, welche Rechte man nach dem neuen Gesetz zu beanspruchen habe, sich an das Arbeitersekretariat zu wenden, welches verpflichtet sei, den Gewerkschaftsmitgliedern in jeder Weise Auskunft zu erteilen. Hierauf wies Redner auf Mängel hin, welche in unserem Verbandslokal eingetreten sind, wodurch vielfach die Mitglieder abgehalten wurden, sich nicht gegen den Verband zu erklären. Es fand unter Beteiligung zahlreicher Mitglieder eine heftige Debatte statt, in deren Verlauf Kollege Kolhe erklärte, daß es keine verbottenen Spiele seien, die in seinem Lokale betrieben würden. Beim dritten Punkt schilderte Widlers das Entstehen und den Verlauf des Kampfes mit dem Bädermeister Busch und richtete an die Mitglieder die Aufforderung, besser als bisher den Vorstand in diesem Kampfe zu unterstützen, wozu sie nach § 15 des Verbandsstatuts verpflichtet seien. Redner wies auf die famose Straßenordnung der freien Republik Hamburg hin, welche es ermöglichte, daß der Schuttmann als Herr der Straße erscheine und uns das Vertheilen von Flugblättern zwar erschweren, aber nicht verbieten könne. Redner ersuchte, in solchen Fällen der Aufforderung des Schuttmannes Folge zu leisten. Falls aber jemand von seinem Posten fortgewiesen werde, müsse dieser sofort durch einen anderen Kollegen neu befehligt werden. Auch über diesen Punkt fand eine lebhaftige Debatte statt, in deren Verlauf auch dem Vorstand heftige Vorwürfe nicht erspart blieben. Es fanden alsdann Ergänzungswahlen zum Vorstand statt, durch welche Degenstül zum zweiten Kassierer und Ludwig zum Kartelldelegierten erwählt wurde. Aufgenommen wurden 22 neue Mitglieder. Unter „Verschiedenes“ wurden mehrere Angelegenheiten erledigt, die ein öffentliches Interesse nicht bieten. Nachdem der Vorsitzende zum Zeichen auf die Sammellisten für die ausgesperrten Werftarbeiter aufgefordert, wurde die gut besuchte Versammlung um 1 1/2 Uhr Mittags geschlossen.

Köln. In einer gut besuchten Bäderversammlung im Lokale des Herrn Schöffler redete Bädergeselle Brieskorn aus Berlin. Er wandte sich hauptsächlich gegen den Plan der preussischen Regierung, die den Bundesrat veranlassen will, den in der Bädereiverordnung festgelegten zwölfstündigen Maximalarbeitsstag dadurch zu beseitigen, daß an dessen Stelle eine wöchentliche Mindestruhe von 48 Stunden tritt. Das würde die 16stündige Arbeitszeit bedeuten. Dieser Plan kennzeichnet den „sozialen“ Geist, der in den Regierungskreisen herrscht. Anstatt die vorgeschriebene 12stündige Höchstarbeitszeit herunterzusetzen, will man den jetzigen Zustand noch bedeutend verschlechtern. Für die Bädergesellen ist ein Arbeitstag von 8 Stunden wahrlich hoch genug. Man sehe sich die Bädergesellen mit ihrer bleichen Gesichtsfarbe und den durch die Arbeit vielfach verkümmerten Gliedern an, und man muß sich fragen: wie ist es möglich, daß die Regierung noch an Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der Bäderei zu denken wagt. — Die Versammlung beschloß, eine Protestkundgebung zu veranstalten, sobald die Anträge der Regierung an den Bundesrat gelangt sind, und mit allem Eifer für die Stärkung der Organisation zu wirken. — Es ist noch mittheilenswerth, daß in der Versammlung bekannt gegeben wurde, daß die Bädergesellenvereinigung mit dem schönen Namen „Amicitia“ sich aufgelöst hat.

Ludwigshafen. Am 13. September tagte hier eine Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: 1. Zahlung der Beiträge. 2. Kartellbericht. 3. Verschiedenes. Unter Punkt 1 wurden nach der Einsammlung der Beiträge einige Fehler, welche sich in den Büchern befanden, verglichen. Zum Punkt 2 erstattete Kollege Herrmann den Kartellbericht. Unter Verschiedenem wurde Beschwerde eingereicht über die Auszahlung der Reiseunterstützung. Es wäre wünschenswert, daß dieselbe in der Stadt und nicht in einem entlegenen Stadttheile erfolgen würde. Es wurde beschlossen, dieselbe zu lassen wie bisher, da andere Leute nicht in Bezug auf die Ausfüllung der Formulare eingeweiht sind. Des Weiteren beklagte sich Kollege Walter (Nichtmitglied), daß Kollege Kahl sich angeboten hätte, Mißstände einer Bädererei zu beseitigen, was bis jetzt nicht geschehen ist. Der Vorsitzende Mark gab demselben Auskunft hierüber und bedauerte, daß Kollege Kahl, welcher sich auch als Referent einer hiesigen Gewerkschaftsversammlung, welche speziell für die Bäder war, angeboten hatte, einfach ohne Antwort oder Zuschrift gar nicht kam. Zum Schlusse erwähnte Kollege Mark, daß die Mitglieder sich stets an den Versammlungen beteiligen sollten. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Pirna i. S. Am 10. d. M. fand in Pirna eine öffentliche Versammlung statt, welche aber wegen des unpassenden Tages sehr schwach besucht war. Sogar die Mitglieder hielten es bis auf eine ganz kleine Zahl, nicht der Mühe werth, zu erscheinen. Trotzdem hielt Kollege Altmann-Hamburg einen sehr lehrreichen Vortrag. Nach Schluß der Versammlung versprachen einige Kollegen ihren Beitritt. (Anm. d. Schriftf. Kollegen von Pirna und Umgegend! Wenn wir so einig zusammen stehen, dann ist es kein Wunder, daß hier Zustände à la Würzburg existieren, ja dieselben noch übertreffen. Würde doch sogar, vor dem Uebrigen abgesehen, von einer Kontrolltabelle unter Glas und Rahmen gesprochen. Wozu die eigentlich dienen soll? Doch jedenfalls nicht zum Anstreichen der Ueberarbeit, die jeden Tag stattfindet!)

Wiesbaden. Im Lokale „Drei Könige“ tagte am 13. September unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende Kollege Kehrler eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, daß große Laubzeit in unserer Mitgliedschaft herrsche, unter Hinweis auf den Ernst der Situation forderte er die Kollegen auf, energisch zu agitieren, da infolge der großen Arbeitslosigkeit, die in Frankfurt herrsche, auch Wiesbaden in Mitleidenschaft gezogen sei. Nach Erledigung wichtiger Angelegenheiten wird Kollege Karl Schmidt einmündig aus dem Verbande ausgeschlossen (Zwischenhandlung gegen § 8 a und b des Statuts). Sodann legt Kollege Appenländer die Abrechnung für Juli/August vor, nachdem die Arbeitslosigkeit bestätigt, wird demselben Decharge erteilt, desgleichen dem Kollegen Suppes nach erfolgter Abrechnungslegung vom Rekruten-Abschiedsfränzchen! Sodann legt Kollege Kumeleit das von ihm provisorisch entworfene Flugblatt bei der Innungsverbandes Germania bekame er nicht, worauf diese Stütze von Thron an Altar es vorzog, schlugen nicht zu verduften. Schade, Herr Anholt, Sie hätten doch so vieles von den nachfolgenden Rednern lernen können; Sie werden uns doch gewiß das nächste Mal wieder mit Ihrem Besuche erfreuen; aber sollte Ihnen die Lust dazu vergangen sein? Nachdem noch verschiedene Redner sich für den Verband ausgesprochen hatten, schloß der Vorsitzende mit einem kernigen Schlusswort die sehr gut besuchte Versammlung.

war, eine öffentliche Versammlung sämtlicher in Bädereien beschäftigter Personen für Dienstag, den 25. d. M., Nachm. 3 Uhr in „Drei Könige“ einzuberufen, wird nach der Aufforderung, sich an der Verbreitung der Flugblätter reger zu beteiligen, die Versammlung geschlossen.

(Anm. d. Schriftf. Verbandsmitglieder sowie zureisende Kollegen werden ersucht, nur im Gasthause „Zum Urthurn“, Verkehrslokal der Verbandskollegen, zu verkehren; streng zu meiden ist die Streikbrecherbelunte in der Wehrgasse! — Arbeitslose Kollegen werden gebeten, vor Eintritt in Arbeit, ihren Beitritt zur Zentralranktenliste der Bäder Deutschlands (eingeschriebene Hilfskasse Dresden) zu bewirken. Entgegennahme täglich von 6 Uhr an, im Gasthause „Zum Urthurn“.)

Willa“ Prebnecht. Nach seiner Ausweisung aus Leipzig bewohnte, wie bekannt, der verstorbene Genosse Wilhelm Prebnecht zehn Jahre lang einige Stuben in einem schlichten Bauernhause in Borsdorf bei Leipzig. Anmuthig hat Prebnecht noch selbst im „Neuen Welt-Kalen“ 1900 sein Leben in Borsdorf und seine „Willa“ geschildert. Dieses historisch gewordene Häuschen glebt nun eine hübsche in fünf Farben gehaltene Ansichtspostkarte gelungen wieder. Die Karte ist im Verlage von Rich. Lipinski, Leipzig, Reubnitzerstraße 11, erschienen und von dort zum Preise von 10 Pf. — Dugend 75 Pf. — zu beziehen.

Verbandslokale der Verbandsmitglieder.

- Augsburg.** J. Stieber, „Wittelsbacher Hof“, Jesuitengasse.
- Bad Meinungen.** Gasthaus „Zur blauen Traube“.
- Dant-Wilhelmshaven.** Ww. Feld, Grenzstr. 5, Neubremen.
- Dergdorf.** Ww. Wandte, St. Petersburg, Kurzerhof.
- Dresden.** J. Moll, Klosterstr. 101.
- Braunschweig.** Gewerkschaftshaus, Ede-Kaiserstr. u. Werder.
- Bremen.** Wehler, Ansgarstr. 12.
- Chemnitz.** „Restaurant zur Hoffnung“, Untere Georgstr.
- Cottbus.** „Central-Verb.“
- Darmstadt.** „Brija Emil“, Schloßgraben 13 und „Zur Linde“, Solzstr. 22.
- Dortmund.** „Zu den drei Kronen“, Zimmerstr. 53.
- Dresden.** „Klosterhäute“, Liliengasse.
- Eberfeld.** Gewerkschaftshaus, Große Korbahn.
- Essen a. Ruhr.** Degenhardt, Bergstr. 19.
- Ehlingen.** „Drei Könige“.
- Forst i. B.** R. Kahle, Bahnhofstr.
- Frankfurt a. M.** „Erlanger Hof“, Borngasse 11.
- Frankenthal.** Restaur. „Kaiser Friedrich“, Neumehring.
- Fürth i. B.** Gasthaus zum „Weissen Mann“, Königsstr. 34.
- Galle a. S.** Vereinsh. u. Berthelshöhe, Martinsberg 6.
- Hannau.** „Stadt Frankfurt“, Kanalplatz 6.
- Hannover (Großbäder).** Durban, Reilfeld 21.
- Hamburg (Weißbäder).** A. Rothe, Westr. 32.
- Hannover.** R. Wiehle, Knochenhauerstr. 7.
- Hamburg.** „Central-Verb.“, Bergstr. 7.
- Kiel.** „Doppel-Eiche“, Schiefenbrücke 6.
- Karlsruhe.** „Auerbahn“, Schützenstr. 38.
- Kaiserlautern.** „Zu den 3 Mühlen“, Am Stadtweier.
- Köln a. Rh.** Ww. Mebus, Kammergasse 18.
- Leipzig.** „Flora“, Windmühlenstr. 16.
- Lübeck.** Vereinshaus, Johannisstr. 50.
- Ludwigshafen.** J. Diebler, Wredestraße.
- Lüneburg.** „Zur Erholung“, Neue Sülze 21.
- Mainz.** J. Thiele, Brandt 17.
- Mannheim.** „Germania“, G 2 Nr. 9.
- München.** „Brunnhof“, Grünstr. 3.
- Nürnberg.** „Goldener Mörser“, Döschmannsplatz.
- Offenbach a. M.** „Stadt Heibelberg“, Gr. Biergund 43.
- Plauen i. Vogtl.** „Esterthal“, Böhmischerstraße.
- Plauenscher Grund.** „Deutsches Haus“, in Postchappel.
- Pirmasens.** Gasthaus „Zur Traube“, Schloßstraße.
- Regensburg.** „Glocke“, Glockenstraße.
- Rixdorf.** P. Jante, Prinz Handjerstr. 83.
- Spandau.** Stasinowski, Jüdenstr. 11.
- Schwabach.** „Zum M-Häuf“.
- Stettin.** Voigt, Ritterstr. 7.
- Stuttgart.** „Grüner Hof“, Sporerstr.
- St. Johann-Saarbrücken.** „Kaisersaal“, Hafenstr. 9.
- Wiesbaden.** Gasthaus „Zum Urthurn“, Marktstr. 15.
- Würzburg.** „Zum Goldenen Hahn“, Marktstraße 7.

Versammlungs-Anzeiger.

- Gau-Konferenzen finden statt: 2. Gau: Sonntag, 14. Oktbr., Neumünster; 3. Gau: Sonntag, 21. Oktbr., 10 1/2 Uhr, bei Puffenhop, 1. Bergstr. 7, Järburg.**
- Altona.** Mitgl.-Verf. Mittwoch den 3. Oktober, Nachm. 4 1/2 Uhr, b. Echhoff, Gr. Freiheit 58-60.
- Augsburg.** Mitgliederversammlung Mittwoch, 3. Okt., Nachm. 5 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“.
- Dessentliche Versammlung Mittwoch, 10. Okt., Nachm. 1/5 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“.** (Ref.: Kol. Herzog-Nürnberg.)
- Braunschweig.** Mitgl.-Verf. Sonntag 7. Oktob., Nachm. 3 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Werder 32.
- Bayreuth.** Mitgl.-Verf. Donnerstag, 11. Oktober, bei U. Koder, Wölfesstr.
- Dresden.** General-Versammlung Donnerstag, 4. Oktbr., Nachm. 3 Uhr, im „Goldenen Bock“.
- Berlin.** Mitgl.-Verf. am Dienstag, den 2. Okt., im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15. (Mitgliedsbücher sind mitzubringen.)
- Dortmund.** Mitgl.-Verf. am Sonntag den 14. Oktob. bei Herrn Dörslein, Zimmerstr. 53.
- Hamburg.** Mitgl.-Verf. am Mittwoch den 3. Oktober Abends 6 1/2 Uhr, bei Puffenhop, 1. Bergstr. 7.
- Hannau.** Mitgl.-Verf. Dienstag, 2. Oktober, im Lokale „Stadt Frankfurt“.
- Hamburg (Großbäder).** Mitgl.-Verf. Donnerstag den 4. Okt., Ab. 7 1/2 Uhr, b. Kammerer, Zeughausmarkt 31.
- Hamburg (Weißb.)** Mitgl.-Verf. Donnerstag, 11. Okt., Vorm. 9 1/2 Uhr, in der „Leffinghale“, Gänsemarkt.
- Lüneburg.** Mitgl.-Verf. Dienstag, 9. Oktober, Nachm. 4 Uhr in der Lambertibierhalle.
- Leipzig.** Mitgl.-Verf. Mittwoch, 10. Oktober, Nachm. 4 Uhr, in der „Flora“, Windmühlenstraße.
- Lübeck.** Mitgl.-Verf. Sonntag, 7. Oktober, Nachm. 3 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
- Mainz.** Mitgliederversammlung Dienstag, 2. Okt., bei J. Thiele, Brandt 17.
- Neumünster.** Dessentl. Verf. Sonntag, 14. Okt., Nachm. 4 Uhr im Conventgarten.
- Nürnberg.** Mitgl.-Verf. Dienstag den 2. Oktob., Nachm. 6 Uhr, im „Goldenen Mörser“, Am Döschmannsplatz.
- Nürnberg.** Mitgl.-Verf. Dienstag, 16. Oktober, Abends 6 Uhr im „Goldenen Mörser“, Döschmannsplatz.
- Ne-Wiesb.** Mitgl.-Verf. Sonntag, 30. September, bei Krab, Kronenstraße.
- Rosenheim.** Mitgl.-Verf. Sonntag den 21. Oktober im Verbandslokal „Frühlingsgarten“, Nachm. 2 Uhr.
- Stettin.** Mitgl.-Verf. Donnerstag, 4. Oktober, bei Voigt, Turnerstr.